

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 51-52/96

Berlin *Stöglin* 19. Dezember 1996 63. Jahrgang

Die wirtschaftliche Lage Rußlands Die Wirtschaftspolitik muß Investitionsanreize schaffen

Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, BerlinInstitut für Weltwirtschaft
an der Universität KielInstitut für
Wirtschaftsforschung Halle

Seit 1992 berichten das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, das Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel und das Institut für Wirtschaftsforschung Halle im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums zweimal jährlich über die wirtschaftliche Lage Rußlands. Im diesjährigen Herbstbericht¹ werden neben dem vorliegenden Überblick über die wirtschaftliche Lage und über die wichtigsten Reformbereiche in einem Schwerpunktteil die privaten und öffentlichen Ressourcentransfers nach Rußland analysiert². Darüber hinaus wird gezeigt, welche Maßnahmen sowohl auf russischer Seite aber auch auf Seiten der Geber erforderlich sind, um die Wirksamkeit der Ressourcentransfers zu erhöhen.

Im letzten Bericht vom Frühjahr 1996 hatten die Institute darauf verwiesen, daß sich erste Erfolge bei der geld- und fiskalpolitischen Stabilisierung noch nicht in realwirtschaftlichen Impulsen niederschlagen. Die Institute hatten insbesondere auf die ausgeprägte Investitionsschwäche hingewiesen und dies fundamentalen Versäumnissen in der Wirtschaftspolitik zugeschrieben. Auf politischer Ebene führte die Unsicherheit über den Ausgang der Präsidentschaftswahlen zu einem weiteren Aufschub wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und der Investitionen setzte sich daher in der 1. Hälfte von 1996 fort. Auch nach den Wahlen sind deutliche Signale, daß die Regierung institutionelle Reformen forcieren und die sich inzwischen abzeichnende Finanzierungskrise der öffentlichen Haushalte effektiv bekämpfen wird, bislang nicht zu verzeichnen. Vielmehr besteht die Sorge, daß eine realwirtschaftliche Erholung auch 1997 auf sich warten lassen wird.

Produktion, Investitionen und Preise

Der von verschiedenen internationalen Organisationen im vergangenen Jahr geäußerte Optimismus hinsichtlich einer Erholung der russischen Wirtschaft im Jahr 1996³ hat sich im bisherigen Jahresverlauf nicht erfüllt. Der Produktionsrückgang hat sich gegenüber dem Vorjahr sogar wieder beschleunigt (vgl. Tabelle 1). In den ersten drei

¹ Dieser Bericht wird auch veröffentlicht in: Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 285/1996, IWH Forschungsreihe 10/96.

² Der Schwerpunktteil wird als Wochenbericht des DIW, Nr. 4/97, veröffentlicht.

³ So hatte z.B. die OECD für das Jahr 1996 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um 2 vH prognostiziert und sogar einen Anstieg um 10 vH nicht ausgeschlossen. Vgl. OECD Economic Surveys, The Russian Federation 1995, Paris 1995, S. 23.

Tabelle 1

Ausgewählte Wirtschaftsindikatoren
Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode bzw. Anteile in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 I-III
Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	-3,0	-5,0	-14,5	-8,7	-12,6	-4	-6
Industrieproduktion ¹⁾	-0,1	-8	-18	-14	-21	-3	-5
Agrarproduktion ¹⁾	-3,6	-5	-9	-4	-12	-8	-8
Bruttoanlageinvestitionen ¹⁾	0,1	-15	-40	-12	-24	-13	-17
Gütertransportvolumen ¹⁾	-4,3	-7	-14	-12	-14	-2	-5
Einzelhandelsumsatz ¹⁾	10,0	-3,2	-3,5	1,9	0,1	-7	-3
Entgeltliche Dienstleistungen für den Endverbraucher ¹⁾	10,2	-17	-18	-30	-38	-17	-7
Nominale Geldeinkommen der privaten Haushalte	18,0	120	750	1 030	360	158	58
Nominallöhne und -gehälter	15,0	81	994	878	276	119	71
Reallöhne		-3	-33	0	-8	-28	8
Verbraucherpreise ²⁾	6	160	2 510	840	215	131	33
Verkaufspreise der Industrie ²⁾	4	240	3 280	895	233	175	32
Arbeitslosenquote am Periodenende ³⁾			4,7	5,5	7,4	8,8	9,0

¹⁾ Real. — ²⁾ 1990: Jahresdurchschnitt; 1991 — 1995: Dezember zum Dezember des Vorjahres; 1996: September 1996 zu September 1995. — ³⁾ ILO-Methodik.

Quellen: Narodnoe chozjajstvo RSFSR v 1990 g., Moskau 1991, S. 129, 177, 352. Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii, Moskau 1992, S. 14 f. Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1995, S. 12, 54, 80 und 243. Ceny v Rossijskoj Federacii, Moskau 1995, S. 25 und 123 f. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g., Moskau 1994, S. 287. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1996, S. 3 f., 153, 237, 254, 430, 434; Ekonomika Rossii. janvar'-sentjabr' 1996 g., Moskau 1996, S. 7 f., 101 und 176; Kratkosročnye ekonomičeskie pokazateli, Rossijskaja Federacija, avgust 1996 g., Moskau 1996, S. 49, 51, 53.

Quartalen schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 6 vH (Gesamtjahr 1995: -4 vH). Der private Konsum dürfte angesichts sinkender Umsätze im Einzelhandels- und Dienstleistungsgewerbe um etwa 2 bis 3 vH gesunken sein.

Entscheidend für die schlechte Entwicklung waren aber die Investitionen in Anlagen. Sie gingen in den ersten drei Quartalen des Jahres 1996 mit 17 vH (1995: -13 vH) schneller zurück als im Vorjahr und erneut erheblich stärker als das Bruttoinlandsprodukt. Das Investitionsvolumen ist damit auf ein Viertel des Niveaus von 1990 gesunken. Die Investitionsquote in jeweiligen Preisen betrug 13,4 vH (1995: 15,1 vH). Die Investitionen in die produzierenden Bereiche sanken um 20 vH, die Investitionen in die nicht-produzierenden Bereiche um 13 vH, darunter in den Wohnungsbau um 10 vH⁴.

Vergleichbare Angaben über die Entwicklung der Investitionen in den einzelnen Sektoren des produzierenden Bereichs liegen nur für das 1. Halbjahr vor. Wie bereits in den vergangenen Jahren kam es zu einem weit überdurchschnittlichen Rückgang der Investitionen in die Landwirtschaft (-39 vH) und in die Leichtindustrie (-36 vH). Die Investitionen in den Brennstoff- und Energiesektor, die im Vorjahr noch etwas angestiegen waren, sanken um 8 vH. Entgegen dem allgemeinen Trend stiegen die Investitionen in das Nachrichtenwesen (30 vH) und in die Bauwirtschaft bzw. Baustoffindustrie (10 vH)⁵. Angesichts des nur unter-

durchschnittlichen Rückgangs der Investitionen in den Brennstoff- und Energiekomplex hat diese Branche mit einem Anteil von 27 vH an den gesamten Investitionen (1990: 14 vH; 1995: 21,4 vH) weiter an Gewicht gewonnen. Auf diesen Zweig entfallen nahezu drei Viertel aller Investitionen in die Industrie. Der Anteil der Landwirtschaft an den Gesamtinvestitionen belief sich im 1. Halbjahr 1996 nur noch auf 2 vH (1990: 15,8 vH). Ebenso wie 1995 entfiel im 1. Halbjahr 1996 etwa ein Viertel aller Investitionen auf den Wohnungsbau (1990: 16,6 vH)⁶. Bemerkenswert an den strukturellen Verschiebungen sind das weiter steigende Gewicht der exportorientierten Zweige (Brennstoff und Energie) sowie der nahezu vollkommene Bedeutungsverlust der Landwirtschaft.

Die Industrieproduktion ist in den ersten drei Quartalen 1995 gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode um 5 vH zurückgegangen (1995: -3 vH), wobei die Produk-

⁴ Vgl. Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po statistike (Goskomstat Rossii): Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996, Moskau 1996, S. 45 ff.

⁵ Vgl. Goskomstat Rossii: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-jul' 1996 g., S. 43 f. Die Veränderungsrate bei den Investitionen in den Wohnungsbau bezieht sich auf den Zeitraum Januar bis Juli.

⁶ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-jul' 1996 g., S. 43 f.; Rossijskaja Akademija Nauk, Akademija narodnogo chozjajstva, Institut ekonomičeskich problem perechnogo perioda: Rossijskaja ekonomika v pervom polugodii 1996 goda, Moskau 1996, S. 77 und 112 ff.

tion erneut in den Groß- und Mittelbetrieben überdurchschnittlich sank. Während 1995 in drei Industriezweigen (Eisen- und Stahlindustrie, NE-Metallurgie, Chemie und Petrochemie) ein Produktionsanstieg verzeichnet worden war, erfaßte der Produktionsrückgang in den ersten drei Quartalen 1996 ohne Ausnahme alle Branchen (vgl. Tabelle 2). In besonders starkem Ausmaß sank die Herstellung von Produktionsgütern (17 vH). Die Produktion von Halberzeugnissen ging um 4 vH und die von Konsumgütern um 7 vH zurück.

Vergleichsweise gering fiel der Produktionsrückgang in der Stromwirtschaft (-0,6 vH) und in der Brennstoffindustrie (-3 vH) aus. Erstmals seit 1991 stieg die Förderung von Erdgas (1,0 vH), während die Erdölförderung weiter zurückging (-2 vH). Da die Erdölexporte gesteigert wurden, sank die Produktion der erdölverarbeitenden Industrie (-4 vH) stärker als die Ölförderung. Im Gegensatz zu 1995 vermochten es die Eisen- und Stahlindustrie und die NE-Metallurgie nicht, den durch die verringerte Produktion in der metallverarbeitenden Industrie und die gesunkenen Investitionen verursachten Rückgang der Binnennachfrage durch Exportsteigerungen zu kompensieren; daher ging die Produktion dieser Branchen zurück (-4 vH bzw. -5 vH). Zum Produktionsrückgang der chemischen und petrochemischen Industrie (-13 vH) trugen sowohl die gesunkenen Exporte zahlreicher Erzeugnisse der Grundchemie als auch der gesunkene Absatz auf dem Binnenmarkt bei. Erneut deutlich zurückgegangen ist die Produktion des Maschinenbaus und der metallverarbeitenden Industrie (-14 vH), was sowohl auf die geringere Nachfrage nach Investitionsgütern als auch auf die Konkurrenz durch Importe langlebiger Konsumgüter zurückzuführen

ist. In Teilen dieser Branche ist die Produktion nahezu zum Stillstand gekommen. Bei Investitionsgütern kam es im Traktoren- und Landmaschinenbau (-43 vH) und im Werkzeugmaschinenbau (-34 vH) zu einem überdurchschnittlichen Rückgang; bei langlebigen Konsumgütern sind die Produktion von Kassettenrecordern (-70 vH), Fernsehgeräten (-68 vH) und Videorecordern (-60 vH) massiv gesunken. Zu einem nur geringfügigen Produktionsrückgang kam es beim Anlagenbau für die Metallurgie (-2 vH). Aus dem Rahmen fällt der starke Produktionsanstieg bei Personalcomputern (307 vH). Der absolute Produktionsumfang ist mit 114 000 Einheiten allerdings bescheiden; es handelt sich primär um Lizenzproduktion, bei der importierte Einzelteile in Rußland montiert werden. Der Industriezweig mit dem höchsten Produktionsrückgang war die Leichtindustrie (-27 vH). Wegen ihrer unzureichenden Wettbewerbsfähigkeit hat die heimische Textilindustrie mittlerweile nur noch einen Marktanteil von etwa 25 vH⁷.

Die Krise der russischen Landwirtschaft hat sich auch in diesem Jahr fortgesetzt. Die Agrarproduktion lag in den ersten drei Quartalen 1996 um 8 vH unter dem Vorjahresniveau. Die Getreideernte beträgt schätzungsweise 70 Mill. t. Dies bedeutet zwar gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg um 10 vH, ist jedoch immer noch das dritt schlechteste Ergebnis der letzten 30 Jahre. Die Produktion tierischer Erzeugnisse ist gesunken (Fleisch und Eier: -7 vH; Milch: -9 vH). Weiter rückläufig sind auch die Viehbestände. Am 1. September 1996 lag die Zahl der Rinder um 10 vH unter dem Vorjahresniveau, bei den Schweinebeständen betrug

⁷ Vgl. *Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g.*, a.a.O., S. 12 ff.; *Rossijskaja ekonomika ...*, a.a.O., S. 73 ff.; *Ostinvest*, Nr. 37/1996, S. 14 ff.

Tabelle 2

Industrieproduktion nach Zweigen
Reale Veränderungen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode in vH

	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996 I-III
Industrie insgesamt ¹⁾	-0,1	-8,0	-18,0	-14,1	-20,9	-3,3	-5
Elektrizitätswirtschaft	2,0	0,3	-4,7	-4,7	-8,8	-3	-0,6
Brennstoffindustrie	-3,3	-6,0	-7,0	-11,6	-11,0	-2	-3
Eisen- und Stahlindustrie	-1,9	-7,4	-16,4	-16,6	-17,4	9	-4
NE-Metallurgie	-2,4	-8,7	-25,4	-14,1	-9,1	2	-5
Chemische und petrochemische Industrie	-2,2	-6,3	-21,7	-21,5	-28,9	8	-13
Maschinenbau und Metallverarbeitung	1,1	-10,0	-14,9	-15,6	-38,1	-10	-14
Holz-, Holzverarbeitungs-, Zellstoff- und Papierindustrie	-1,2	-9,0	-14,6	-18,7	-31,2	-7	-20
Baustoffindustrie	-0,9	-2,4	-20,4	-16,0	-28,9	-8	-25
Leichtindustrie	-0,1	-9,0	-30,0	-23,0	-47,3	-31	-27
Nahrungsmittelindustrie	0,4	-9,5	-9,0	-9,2	-21,9	-9	-8

¹⁾ 1990 bis 1993: nur Groß- und Mittelbetriebe. 1994 bis 1996: einschließlich Kleinbetriebe und Joint Ventures. Bei den Daten für die einzelnen Zweige sind in allen Jahren nur die Groß- und Mittelbetriebe erfaßt.

Quellen: *Promyšlennost' Rossijskoj Federacii*, Moskau 1992, S. 33 ff.; *Rossijskaja Federacija v 1992 godu*, Moskau 1993, S. 367; *Rossijskij statističeskij ežegodnik*, Moskau 1994, S. 298; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g.*, Moskau 1995, S. 12 f. und 219; *Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g.*, Moskau 1996, S. 17 ff.; *Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g.*, S. 14.

Tabelle 3

Monatliche Preisentwicklung
Veränderungen gegenüber Vormonat in vH

	Verbraucherpreise			Industrielle Erzeugerpreise		
	1994	1995	1996	1994	1995	1996
Januar	18	17,8	4,1	19	21,5	3,3
Februar	11	11,0	2,8	16	16,9	2,8
März	7	8,9	2,8	10	10,7	2,6
April	8	8,5	2,2	10	14,8	2,4
Mai	7	7,9	1,6	7	8,9	1,1
Juni	6	6,7	1,2	8	6,1	1,6
Juli	5	5,4	0,7	8	6,7	1,2
August	5	4,6	-0,2	6	6,8	2,1
September	8	4,5	0,3	7	5,7	1,8
Oktober	15	4,7	1,2	11	4,6	
November	15	4,5	1,9	13	2,9	
Dezember	16	3,2		13	1,8	

Quellen: Kratkosročnye ekonomičeskie pokazateli, Rossijskaja Federacija, avgust 1996 g., Moskau 1996, S. 47; Social'no ekonomičeskoe položenie Rossii, 1995 g., Moskau 1996, S. 153; Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., Moskau 1996, S. 101; Russian Economic Trends, Monthly Update, October 1996; vwd-Rußland, 19. Nov. und 6. Dez. 1996.

der Rückgang 13 vH und bei Schafen und Ziegen 18 vH⁸. Die staatliche Agrarpolitik hat auf die Probleme in der Land-

wirtschaft vor allem mit strukturkonservierenden Maßnahmen reagiert. Hierzu zählen die Gewährung von Subventionen und teilweise haushaltsfinanzierten Vorzugskrediten, mit denen die Käufe von Düngemitteln und Brennstoffen ermöglicht bzw. der Stromverbrauch verbilligt werden sollen. Außerdem wurden den Agrarbetrieben die Zins- und Tilgungszahlungen für Kredite gestundet, die in den Jahren 1992 bis 1995 gewährt worden waren⁹.

Die Abschwächung des Preisanstiegs, die bereits seit Frühjahr 1995 zu beobachten ist, hat sich auch im bisherigen Jahresverlauf 1996 fortgesetzt. Die monatliche Steigerungsrate der Verbraucherpreise lag in allen Monaten seit August 1995 unter 5 vH, im August 1996 kam es sogar erstmals seit der Preisliberalisierung Anfang 1992 zu einem Rückgang des Preisniveaus, der allerdings nur saisonal bedingt war. Bei den industriellen Erzeugerpreisen lag der monatliche Anstieg seit Oktober 1995 ebenfalls unter 5 vH (vgl. Tabelle 3).

Ein Vorjahresvergleich für die Entwicklung der einzelnen Komponenten der Verbraucherpreise und der industriellen Erzeugerpreise ist nur bis zum Juli möglich (vgl. Tabelle 4). Der geringste Anstieg unter den Verbraucherpreisen im Zeitraum Juli 1995 bis Juli 1996 wurde bei Nahrungsmitteln (ohne alkoholische Getränke) verzeichnet (30 vH). Die

⁸ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-avgust 1996 g., S. 52 ff.; Finansovyje izvestija vom 27. August 1996.

⁹ Vgl. Rossijskaja ekonomika ..., a.a.O., S. 88 ff.; Rossijskaja gazeta vom 23. April 1996.

Tabelle 4

Preisentwicklung
Veränderungen gegenüber Vorperiode in vH¹⁾

	1991	1992	1993	1994	1995	1996 ²⁾
<i>Verbraucherpreise</i>	160	2 510	840	215	131	44
Nahrungsmittel	171	2 570	838	233	123	30
Alkoholische Getränke	52	2 370	655	131	127	70
Andere Konsumgüter	211	2 570	642	169	116	43
Dienstleistungen	79	2 120	2 310	522	232	83
<i>Industrielle Erzeugerpreise</i>	240	3 280	895	233	175	45
Elektrizitätswirtschaft	110	5 410	1 258	229	199	45
Brennstoffindustrie	130	9 170	634	201	187	44
Eisen- und Stahlindustrie	240	3 520	1 086	242	185	37
NE-Metallurgie	230	5 120	558	296	121	18
Chemieindustrie	170	3 790	848	262	168	32
Petrochemie	150	5 250	672	260	167	35
Maschinenbau und Metallverarbeitung	210	2 620	949	230	178	48
Holz-, Holzverarbeitungs- Zellstoff- und Papierindustrie	240	1 920	889	271	174	31
Baustoffindustrie	210	2 710	1 145	212	171	60
Leichtindustrie	370	1 160	681	241	163	43
Nahrungsmittelindustrie	310	2 630	971	208	156	42

¹⁾ Dezember zu Dezember des Vorjahres. — ²⁾ Juli 1996 zu Juli 1995.

Quellen: Narodnoje chozjajstvo Rossijskoj Federacii. Moskau 1992, S. 205. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1993 g. Moskau 1994, S. 287; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1994 g., Moskau 1995, S. 309; Ceny v Rossijskoj Federacii, Moskau 1995, S. 25 und 123 f. Kratkosročnye ekonomičeskie pokazateli, Rossijskaja Federacija, avgust 1996 g., Moskau 1996, S. 40 ff. Social'no ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g. Moskau 1996, S. 168 und 434; Berechnungen der Institute.

Preise für alkoholische Getränke stiegen um 70 vH, die Preise für sonstige Konsumgüter um 43 vH und für Dienstleistungen um 83 vH. Der überdurchschnittliche Preisanstieg bei den alkoholischen Getränken wurde nicht zuletzt durch die Anhebung der Importsteuern für Alkohol verursacht. Bei den Dienstleistungen wurden insbesondere kommunale Tarife (z.B. Verkehrstarife) relativ stark angehoben. Unter den industriellen Erzeugerpreisen weisen die Abgabepreise der Baustoffindustrie den höchsten Anstieg auf (60 vH); dies steht in Kontrast zu dem starken Produktionsrückgang in dieser Branche. Die Abgabepreise der NE-Metallurgie verzeichneten mit 18 vH den geringsten Anstieg, was insbesondere durch das Sinken der Weltmarktpreise in diesem Bereich zu erklären ist.

Arbeitsmarkt

Die Zahl der Erwerbspersonen wird für 1996 mit etwa 73 Mill. angegeben. Die Beschäftigtenzahl betrug im August 1996 knapp 66 Mill., gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat ist sie um 1 vH zurückgegangen. Zu einem Beschäftigungsabbau kam es im 1. Halbjahr 1996 in der Leichtindustrie, in der Holz-, Zellstoff- und Papierindustrie, im Maschinenbau, in der Bauwirtschaft sowie im Wissenschaftsbereich. Eine Zunahme der Beschäftigung verzeichneten die Stromwirtschaft, die Erdölverarbeitung, die Erdgasindustrie, der Handels- und Gaststättensektor, die Wohnungs- und Kommunalwirtschaft, die öffentliche Verwaltung, das Bildungswesen und der Kulturbereich.

Tabelle 5

Arbeitsmarkt

	Arbeitslose ¹⁾			Arbeitslosenquote nach ILO	Offene Stellen
	Berechnungsmethode der ILO	Bei den Arbeitsämtern gemeldet	Anerkannt ²⁾		
	in Tausend			in vH	in Tausend
1992	3 594	982	578	4,7	307
1993	4 160	1 085	836	5,5	352
1994	5 478	1 878	1 637	7,4	326
1995					
Januar	5 500	1 963	1 710	7,6	311
Februar	5 700	2 096	1 839	7,8	316
März	5 600	2 166	1 921	7,7	330
April	5 800	2 220	1 986	7,9	368
Mai	5 800	2 226	1 993	8,0	405
Juni	5 900	2 242	2 004	8,1	445
Juli	6 000	2 282	2 048	8,3	454
August	6 200	2 434	2 098	8,5	460
September	6 300	2 434	2 104	8,5	446
Oktober	6 400	2 397	2 142	8,7	404
November	6 400	2 491	2 228	8,7	352
Dezember	6 400	2 549	2 327	8,8	309
1996					
Januar	6 400	2 702	2 418	8,8	294
Februar	6 500	2 873	2 568	8,8	287
März	6 500	2 974	2 676	8,8	287
April	6 500	3 064	2 771	8,9	309
Mai	6 600	2 970	2 694	9,0	327
Juni	6 700	2 867	2 605	9,1	346
Juli	6 700	2 817	2 558	9,2	350
August	6 700	2 778	2 525	9,1	343
September	6 500	2 725	2 470	9,0	333

1) Periodenendwerte. — 2) Mindestens 3 Monate ohne Beschäftigung.

Quellen: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995, S. 54; Kratkosročnye ekonomičeskie pokazateli, Rossijskaja Federacija, avgust 1996 g., Moskau 1996, S. 49; Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 170 ff; Russian Economic Trends, Monthly Update, September 1996, S. 34.

Das Staatskomitee für Statistik hat nach der Methodik der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) die Arbeitslosenzahl für September 1996 mit 6,6 Mill. errechnet; dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 9,0 vH (Tabelle 5)¹⁰. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern registrierten Personen ohne Beschäftigung ist jedoch weit geringer, da sich nicht alle Beschäftigungslosen bei den Arbeitsämtern melden. Im September 1996 belief sich die Zahl der gemeldeten Personen ohne Beschäftigung auf 2,7 Mill., dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 3,7 vH. Von ihnen waren 2,5 Mill. als Arbeitslose anerkannt, d.h. sie waren mindestens drei Monate ohne Beschäftigung. Die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten offenen Stellen belief sich Ende September 1996 auf 333 000.

Die staatlichen bzw. die in Aktiengesellschaften umgewandelten Großbetriebe waren auch 1996 bemüht, mit Hilfe von Kurzarbeit Entlassungen größeren Umfangs zu vermeiden. Im Juni 1996 waren insgesamt 5,3 Mill. Beschäftigte von Kurzarbeit betroffen, davon 3,3 Mill. mit verkürzter Arbeitszeit und 2 Mill., die sich in unbezahltem Urlaub befanden. Etwa 70 vH der Kurzarbeiter waren in der Industrie beschäftigt, wobei allein auf den Maschinenbau 37 vH aller Kurzarbeiter entfielen.

Einkommen der privaten Haushalte

Die realen Geldeinkommen der privaten Haushalte blieben in den ersten drei Quartalen gegenüber der entsprechenden Vorjahresperiode 1996 unverändert, während sie im Vergleichszeitraum 1995 um 12 vH gesunken waren. Die Reallöhne sind sogar um 8 vH gestiegen, gegenüber einem Rückgang von 29 vH im gleichen Zeitraum 1995. Die durchschnittliche Altersrente nahm real um 7 vH zu¹¹.

Angesichts der prekären Finanzlage vieler Unternehmen und hoher Defizite der öffentlichen Haushalte überrascht es nicht, daß die Lohnrückstände zugenommen haben. Seit Jahresbeginn hat sich sowohl die Anzahl der Unternehmen und Organisationen mit Lohnrückständen als auch die nicht fristgemäß ausgezahlte Lohnsumme sprunghaft erhöht. Von Jahresbeginn 1996 bis zum Ende des III. Quartals stieg die Zahl der Unternehmen und Organisationen mit überfälligen Lohnverpflichtungen um 145 vH auf 98 400, die nicht fristgemäß ausgezahlte Lohnsumme stieg auf über 40 Bill. Rubel. Das bedeutet eine reale Verdoppelung der Lohnrückstände (vgl. Tabelle 6). Hinzu kommen rückständige Lohnzahlungen an die Armee von 7 Bill. Rubel, rückständige Rentenzahlungen von 17 Bill. Rubel und rückständige Sozialleistungen von 5 Bill. Rubel¹². Die rückständige Lohnsumme entspricht nahezu einem Monatslohn. Damit wurden die Lohnrückstände nicht wie allgemein erwartet im Verlauf des Wahlkampfes um das Präsidentenamt abgebaut.

Im August 1996 betrug der gesamtwirtschaftliche Durchschnittslohn (ohne soziale Zuschläge) 831 Tsd. Rubel (155 US-\$). Die niedrigsten Löhne wurden in der Landwirtschaft (42 vH des Durchschnitts) und die höchsten in den

Tabelle 6

Verteilung der Lohnrückstände *

Sektoren-Bereiche	Anteile in vH
Insgesamt	100,0
darunter:	
Industrie	49,2
Baugewerbe	13,7
Landwirtschaft	13,0
Transport	8,6
Budgetfinanzierte Organisationen	15,5
darunter im Bereich:	
Bildungswesen	7,3
Gesundheitswesen	5,5
Kultur und Kunst	0,9
Wissenschaft	1,8

* Stand: 23. September 1996.

Quelle: Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 157 ff.

Unternehmen der Gaserzeugung (392 vH des Durchschnitts) gezahlt. Der Staat nutzte die Lohnfestsetzung im öffentlichen Sektor, um die Löhne in einigen Bereichen, die bislang ein besonders niedriges Lohnniveau aufwiesen (Gesundheits- und Sozialwesen, Sport, Kultur und Kunst, Wissenschaft), überdurchschnittlich zu steigern. In der Industrie insgesamt und in vielen Industriezweigen war eine unterdurchschnittliche Lohnentwicklung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres festzustellen.

Die Zahlung von Zuschlägen zum Ausgleich von Preis- und Tariferhöhungen wurde beibehalten, jedoch ging die Relation dieser Zuschläge zum Durchschnittslohn von 11 vH im Jahr 1995 auf 4 vH in diesem Jahr (jeweils Zeitraum Januar bis August) zurück. Die monatlichen Zuschläge differierten im Durchschnitt des Zeitraumes Januar bis Juli 1996 zwischen 2 vH des Durchschnittslohnes in der Landwirtschaft und 13 vH im Bereich Banken, Versicherungen und Finanzen. Der Mindestlohn wurde im Januar auf 63 Tsd. Rubel, im April auf 75 Tsd. Rubel erhöht und entsprach im Juni 27 vH des statistisch berechneten Existenzminimums¹³.

Die Mindestrente (einschließlich der Kompensationszahlungen) wurde im Januar 1996 mit 113 Tsd. Rubel festgesetzt und beträgt seit Februar 138 Tsd. Rubel¹⁴. Im Juni

¹⁰ In diesen Berechnungen wird das Arbeitskräftepotential („ökonomisch aktive Bevölkerung“) der tatsächlichen Beschäftigtenzahl gegenübergestellt. Die Differenz wird als arbeitslos definiert.

¹¹ Vgl. Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 174 ff.

¹² Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 157 ff.; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., S. 454; Izvestija vom 22. Oktober 1996, S. 2.

¹³ Russian Economic Trends, Monthly Update, September 1996, S. 32.

¹⁴ Ebenda. Nach Redaktionsschluß wurde eine Anhebung der Mindestrente um 10 vH bekannt.

Tabelle 7

Renten 1996

	Durchschnittsrente	Verhältnis der Durchschnittsrente zum Durchschnittslohn	Verhältnis der Durchschnittsrente zum Existenzminimum eines Rentners
	in 1000 Rubel	in vH	in vH
Januar	241,9	37	99
April	267,8	36	102
Juni	310,3	37	115
September	311,2	37	122

Quelle: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 184 ff.

entsprach die Mindestrente etwa 50 vH des Existenzminimums einer Person im Rentenalter. Im September 1996 erreichte die Durchschnittsrente (einschließlich der Kompensationszahlungen) 122 vH des Existenzminimums der Rentner (vgl. Tabelle 7).

Die statistisch ausgewiesenen Einkommensdisparitäten haben nicht weiter zugenommen. Die Unterschiede in den durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen, gemessen am Verhältnis des höchsten zum niedrigsten Einkommensdezil, blieben im Zeitraum Januar bis September 1996 (mit dem 12,9fachen) gegenüber dem Vorjahreszeitraum (13,4fach) nahezu konstant. Die Gruppe mit den höchsten Einkommen verfügt über 31 vH (1995: 31 vH) der Einkommen, die mit den niedrigsten über 2,4 vH (1995: 2,3 vH)¹⁵. Der Anteil der Bevölkerung mit Geldeinkommen unter dem Existenzminimum hat im Zeitraum von Januar bis September 1996 gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um fast ein Fünftel abgenommen, betrug aber immerhin noch 22 vH.

Der Anteil der Lohneinkommen an den Geldeinkommen der privaten Haushalte stieg von 42,8 vH im III. Quartal 1995 auf 44 vH im III. Quartal 1996. Bei gleichzeitigem Zuwachs der Einkommen aus Vermögen sowie aus sozialen Transfers ist der Anteil der Einkommen aus selbständiger Tätigkeit und sonstigen Einkommen um etwa 2 Prozentpunkte zurückgegangen (vgl. Tabelle 8)¹⁶.

Die Einkommensverwendung entsprach im wesentlichen der des Vorjahres. Der Anteil des Kaufs von Waren und Dienstleistungen hat sich kaum verändert, der des Sparens (Konto- und Wertpapiersparen, Devisenkauf und Zuwachs des Bargeldbestandes) blieb gleich. Bemerkenswert ist allerdings, daß trotz rückläufiger Inflationsraten ein zunehmend größerer Teil der Ersparnisse in Devisen gehalten wird. Der Devisenanteil an der Sparsumme stieg von 63 vH im Jahr 1995 auf 75 vH in 1996 (jeweils Zeitraum Januar bis September) und erreichte im September 1996 bereits 94 vH (vgl. Tabelle 9). Mögliche Ursachen dafür waren die auch nach den Präsidentenwahlen fortwährenden Unsicherheiten über den wirtschaftspolitischen Kurs sowie Zweifel an der Stabilität des Bankensystems und der Fähigkeit des Staates, seinen Verpflichtungen aus der Emission von kurzfristigen Obligationen nachzukommen. Ein zunehmender Teil der Devisen fließt nicht in die Horte, sondern wird für den Direktimport von Waren und Dienstleistungen verwendet. Nach Angaben des Wirtschaftsministeriums führten 1995 ca. 1,8 Mill. Personen Güter im Wert von 11 Mrd. US-\$ ein¹⁷. Im 1. Halbjahr 1996 nahm der Erwerb von Waren und Dienstleistungen im Ausland noch um 40 vH gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu und betrug damit knapp 2 vH des Bruttosozialproduktes¹⁸.

¹⁵ Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 180 ff.

¹⁶ Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1995, S. 257; Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996, S. 177.

¹⁷ Central'nyj Bank Rossijskoj Federacii: Tekuščij monitoring i prognoz makroekonomičeskich processov, ijul' 1996 g., S. 20; Ekonomika i žizn, Nr. 33/1996, S. 1.

¹⁸ Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-avgust 1996 g., S. 10.

Tabelle 8

Struktur der Geldeinkommen
Anteile in vH

	1993	1994	1995	1996 I-III
Geldeinkommen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
Einkommen aus unselbständiger Arbeit	58,0	46,4	39,5	44,0
Soziale Transferleistungen	17,2	17,4	16,7	13,3
Einkommen aus Vermögen)	4,3	5,2	5,9
Einkommen aus Unternehmertätigkeit und sonstige Einkommen)	42,8	31,9	36,8

Quellen: Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., Moskau 1995, S. 257; Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995, S. 78; Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996, S. 177.

Tabelle 9

Verwendung der Geldeinkommen der privaten Haushalte
in vH

	1993	1994	1995	1996									1995 I-III	1996 I-III
				Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	Sep- tember		
Geldeinkommen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Kauf von Gütern und Dienstleistungen	68,9	64,5	70,6	78,0	69,2	68,9	68,4	72,2	67,0	70,3	71,0	72,9	70,1	70,9
Steuern und Abgaben	7,6	6,8	6,7	6,3	6,5	6,5	6,6	6,2	6,6	6,2	5,8	5,8	6,8	6,3
Zuwachs der Spareinlagen- und Kauf von Wertpapieren	6,2	6,5	4,9	7,0	7,0	4,8	3,8	1,9	3,0	5,6	4,6	4,8	5,1	4,7
Kauf von Devisen	8,0	17,7	14,3	13,5	13,4	15,7	16,9	19,0	16,9	18,4	19,4	20,0	14,4	17,0
Zuwachs des Bargeldbestandes	9,3	4,5	3,5	-4,8	3,9	4,1	4,3	0,7	6,5	-0,5	-0,8	-3,5	3,6	1,1

Quellen: Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 177; Rossijskij statističeskij ežegodnik, Moskau 1996, S. 78; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., S. 257.

Öffentliche Haushalte

Der seit 1995 zu beobachtende Verfall der öffentlichen Haushaltseinnahmen hat sich in den ersten acht Monaten 1996 weiter beschleunigt, was in erster Linie auf einen erheblichen Anstieg der Steuerschulden zurückzuführen ist. Betrogen diese Außenstände Ende 1995 noch 3,3 vH des BIP, so erreichten sie Ende August 1996 eine Größenordnung von gut 9 vH. Zugleich wuchs das Haushaltsdefizit wieder an (vgl. Tabelle 10). Trotz Kürzungen bei den Ausgaben belief sich das Defizit des konsolidierten Haushalts nach den ersten acht Monaten 1996 auf 5,4 vH des BIP (1995: 3,2 vH); bei korrekter Steuerzahlung hätten die öffentlichen Haushalte einen deutlichen Überschuß ausgewiesen.

Dabei sind die Einnahmenprobleme der öffentlichen Haushalte zu einem Teil Folge politischer Entscheidungen, denn zu Beginn des Jahres wurde säumigen Unternehmen die mehrjährige Stundung ihrer bis Ende 1995 aufgelaufenen Steuerschuld eingeräumt. Nach Inkrafttreten des Gesetzes hat sich die Zahlungsfähigkeit und Zahlungsmoral der Unternehmen nicht verbessert. Angesichts der hohen Realzinsen auf dem Geld- und Kapitalmarkt und der Zurückhaltung der Banken bei der Gewährung von Unternehmenskrediten ist es für die Unternehmen vorteilhaft, Zahlungen soweit wie möglich zu verzögern. Von einzelnen Unternehmen werden die Steuerschulden oft mit uneingelösten Zahlungsverpflichtungen der öffentlichen Haushalte begründet, jedoch zeigen die vorliegenden Daten, daß sich die öffentlichen Haushalte gegenüber dem Unternehmenssektor in einer Nettogläubigerposition befinden. Ende Juni 1996 belief sich die Verschuldung des Staates gegenüber den Unternehmen auf 0,9 vH des BIP; die Steuerrückstände des Unternehmenssektors betragen dagegen 8,1 vH des BIP¹⁹. Außerdem sind die Unterneh-

men mit 5,8 vH des BIP erheblich gegenüber den außerbudgetären Fonds verschuldet²⁰. Damit war Ende Juni 1996 die Verschuldung des Unternehmenssektors gegenüber dem öffentlichen Sektor größer als die gesamten Einnahmen des föderalen Haushalts von Jahresbeginn bis zu diesem Zeitpunkt. Allein an fälligen Gewinn- und Mehrwertsteuerzahlungen wurden von den Unternehmen etwa 5 vH des BIP zurückgehalten. Insbesondere nutzten die Großbetriebe den mangelnden Zugriff des Fiskus auf die betrieblichen Finanzmittel zur Verbesserung der eigenen Liquiditätssituation²¹.

Vor diesem Hintergrund beliefen sich die Einnahmen des konsolidierten Haushalts bis Ende August 1996 auf nur noch 23 vH des BIP (1995: 26 vH). Besonders stark fiel der Rückgang der Gewinnsteuer aus (bis Ende Juli 1996: 4,3 vH des BIP; 1995: 7 vH). Der Rückgang der Einnahmen aus Zöllen wäre nach der Liberalisierung des Außenhandels noch stärker ausgefallen, wenn nicht erhebliche Abgaben auf die Einfuhr alkoholischer Getränke erhoben worden wären. Wichtigste Einnahmenquelle war in den ersten sieben Monaten 1996 die Mehrwertsteuer (5,6 vH des BIP). Die Einnahmen aus der Privatisierung blieben weit hinter den Ansätzen des Haushaltsgesetzes zurück. Auf föderaler Ebene waren bis Ende August 1996 nur 4,0 vH der aus der Privatisierung erwarteten Einnahmen erzielt worden.

¹⁹ Unter den Begriff Unternehmenssektor fallen Industriebetriebe, landwirtschaftliche Betriebe, die Bauwirtschaft und Transportbetriebe. Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-avgust 1996 g., S. 140 ff.

²⁰ Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-avgust 1996 g., S. 141.

²¹ Nach den vorliegenden Angaben werden von den 80 größten Betrieben 73 vH aller Zahlungsrückstände verursacht. Vgl. Finansovye izvestija vom 19. September 1996.

Tabelle 10

Konsolidierter Haushalt
Ausgewählte öffentliche Einnahmen und Ausgaben

	1992 ¹⁾	1993	1994	1995	Jan.-Aug. 1996	1992 ¹⁾	1993	1994	1995	Jan.-Aug. 1996
	in vH der Gesamteinnahmen/-ausgaben					in vH des B I P				
<i>Einnahmen, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	28,0	29,0	29,0	26,2	23,0
Gewinnsteuer	29,4	33,8	27,5	26,9	18,7	8,2	9,8	8,0	7,0	4,3
Einkommenssteuer	8,1	8,8	9,9	8,4	10,8	2,3	2,6	2,9	2,2	2,5
Akzisen	4,0	3,6	4,2	5,6	7,2	1,1	1,0	1,2	1,5	1,6
Mehrwertsteuer	37,7	22,5	21,0	21,9	24,4	10,5	6,5	6,1	5,7	5,6
Zölle etc.	8,8	4,7	10,8	5,6	3,8	2,5	1,4	3,1	1,5	0,9
Sonstige Einnahmen	12,0	26,6	26,6	31,6	35,1	3,4	7,7	7,7	8,3	8,1
<i>Ausgaben, insgesamt</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	31,4	33,6	39,3	29,4	28,4
Volkswirtschaft	34,5	28,1	26,4	14,3	.	10,8	9,4	10,4	4,2	.
Industrie, Energie, Bauwirtschaft				7,4	5,5				2,2	1,5
Landwirtschaft, Fischerei				4,2	3,8				1,2	1,1
Transport, Kommunikation				2,7	.				0,8	.
Sozial-kulturelle Maßnahmen	23,2	24,8	23,0	24,1	31,1	7,3	8,4	9,1	7,0	8,8
Bildung				11,6	.				3,4	.
Gesundheit				8,3	.				2,4	.
Soziale Sicherung				4,2	.				1,2	.
Verteidigung	14,3	12,5	11,7	9,8	9,8	4,5	4,2	4,6	2,9	2,8
Verwaltung und Rechtsorgane	6,7	7,3	7,7	7,7	8,4	2,1	2,4	3,0	2,3	2,4
Außenwirtschaft	6,7	4,8	2,1	4,4	2,5	2,1	1,6	0,8	1,3	0,7
Schuldendienst				5,1	.				1,5	2 ²⁾
Sonstige Ausgaben	14,6	22,5	29,1	34,6	38,9	4,6	7,6	11,4	10,2	9,1
<i>Saldo Einnahmen-Ausgaben</i>						-3,4	-4,6	-10,3	-3,2	-5,4

¹⁾ Im Jahre 1992 war der Umfang der außerbudgetären Aktivitäten erheblich. Vgl. Voprosy Ekonomiki, Nr. 1/1994, S. 42. — ²⁾ Nur föderaler Haushalt.

Quellen: Rossijskij statističeskij ežegodnik 1995, Moskau 1995; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 136. Arbeitsunterlagen des Finanzministeriums; Berechnungen der Institute.

Die öffentlichen Haushalte reagierten auf die Einnahmenkrise mit Ausgabenkürzungen und Zahlungsverzögerungen. Die Ausgaben des konsolidierten Haushalts beliefen sich bis Ende August 1996 auf 28,4 vH des BIP (1995: 29,4 vH). Von den Ausgabenkürzungen und Zahlungsverzögerungen waren die einzelnen Posten unterschiedlich stark betroffen. Überdurchschnittlich wurden die Zuwendungen an die Industrie gekürzt, jedoch ist zu berücksichtigen, daß der Aufbau von Steuerschulden lediglich eine alternative Form der Subventionierung darstellt. Wird die Steuerschuld der Unternehmen den gezahlten Zuwendungen hinzugerechnet, so lag die Subventionierung des Unternehmenssektors durch die öffentlichen Haushalte bei einer Größenordnung von mehr als 10 vH des BIP. Dabei hat der Fiskus keinen Einfluß auf die Verteilung und Verwendung dieser Finanzmittel. Angesichts der bestehenden Durchsetzungsprobleme des Staates profitieren insbesondere Betriebe mit hohen Umsätzen und Gewinnen von dieser Quasi-Subventionierung. Aufgrund der gekürzten Zuwendungen für den Unternehmenssektor stieg in den ersten acht Monaten der Anteil der Ausgaben für sozial-kulturelle Zwecke an den Gesamtausgaben

deutlich (von 7 auf 8,8 vH des BIP). Daß dieser Anstieg nicht noch höher ausfiel, dürfte ebenso wie die Entwicklung der personalintensiven Posten Verteidigung, Verwaltung und Rechtsorgane auch auf die Verzögerung von Lohnzahlungen zurückzuführen sein. Nach den vorliegenden Angaben betrug die Verschuldung gegenüber den privaten Haushalten durch nichtgezahlte Löhne Mitte August 0,5 vH des BIP²².

Das Defizit des konsolidierten Haushalts von 5,4 vH des BIP wurde durch die Ausgabe von staatlichen Wertpapieren und die Kreditaufnahme bei internationalen Organisationen finanziert. Erstmals seit Beginn der Transformation waren nach den ersten acht Monaten des Jahres 1996 nicht nur der Föderationshaushalt (mit 4,2 vH des BIP) sondern auch die Haushalte der nachgeordneten Gebietskörperschaften in ihrer Summe defizitär. Die Finanzierung des Haushaltsdefizits über den inländischen Kapitalmarkt, zu dem inzwischen auch einzelne Gebietskörperschaften

²² Vgl. Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' -ijul' 1996 g., S. 150; Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar' -avgust 1996 g., S. 5.

Zugang haben, verursacht, bedingt durch die hohen Realzinsen, beträchtliche Kapitalkosten und engt damit den zukünftigen Handlungsspielraum der Finanzpolitik ein. Zugleich begünstigen die hohen Realzinsen für staatliche Wertpapiere eine Verdrängung privater Investitionen. Der Finanzbedarf der öffentlichen Haushalte erschwert damit die wirtschaftliche Erholung.

Inzwischen sind Vorstöße unternommen worden, um die finanzpolitische Krise zu entschärfen. Nach einem Präsidialerlaß²³ werden die Ansatzpunkte zur Verbesserung der Einnahmensituation der öffentlichen Haushalte in einer Reduzierung der Steuerarten, einer starken Einschränkung der gegenwärtig gewährten Steuervergünstigungen und in Neuregelungen bei der Berechnung der Unternehmensgewinne gesehen. Ab Januar 1997 soll die Abzugsfähigkeit von Zinsausgaben, Dienstreise- und Schulungskosten reduziert werden. In bezug auf die Abschreibungen sollen einerseits bestehende Vergünstigungen abgeschafft, andererseits die Sätze erhöht werden. Der Nettoeffekt dieser gegenläufigen Maßnahmen ist zur Zeit noch nicht abzuschätzen. Darüber hinaus begründen seit Oktober 1996 Verkaufserlöse bereits bei der Lieferung, nicht aber wie bisher erst bei der Zahlung, eine Steuerpflicht. Diese Regelung zielt auf eine kurzfristige Steigerung der Einnahmen. Die Finanzkrise in der Russischen Föderation jedoch kommt weniger durch die Art der Steuerberechnung als durch die mangelhafte Durchsetzung des bestehenden Steuerrechts sowie die begrenzte Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der Unternehmen zustande. Diese Probleme werden allerdings durch den neuen Erlaß nicht in Angriff genommen. Zur Verbesserung der Steuereintreibung und Steuerehrlichkeit wird die Regierung vielmehr angewiesen, ein Gesetz zur Steueramnestie zu formulie-

ren. Zudem werden die Verzugszinsen für Steuerschulden gegenüber dem föderalen Haushalt gänzlich aufgehoben und für sonstige Steuerverbindlichkeiten deutlich gesenkt²⁴.

Zur Verbesserung der Steuereintreibung wurden in der jüngsten Vergangenheit verstärkt Anstrengungen unternommen²⁵; inzwischen hat sich auch der Druck aus dem Ausland zur verbesserten Durchsetzung des Steuerrechts erhöht²⁶. Angesichts der Verzögerungen bei der Zuteilung der nächsten Tranche des IWF-Kredits wurde von der russischen Seite versichert, zukünftig schärfer gegen Steuer Sünder vorgehen zu wollen. Dazu sind nachhaltige und glaubwürdige Schritte zur Durchsetzung bestehender Forderungen, die auch den Konkurs insolventer Unternehmen einschließen, notwendig.

Der erste Entwurf für den Föderationshaushalt 1997 wurde von der Duma als unrealistisch abgelehnt. Im Okto-

²³ Vgl. *Ekonomika i žizn'*, Nr. 22/1996.

²⁴ Bei Steuerverzug gegenüber den nachgeordneten Gebietskörperschaften wird jetzt eine Strafe in Höhe von 0,3 vH pro Tag der bestehenden Steuerverbindlichkeiten erhoben; dies entspricht einer Jahresverzinsung von 110 vH. Zuvor lag der Satz bei 0,7 vH. Die gegenwärtige Realverzinsung ist zwar immer noch extrem hoch, jedoch haben die Unternehmen durch diese Regelung die Möglichkeit, sich trotz restriktiver Kreditpolitik der Banken gegenüber dem Unternehmenssektor einen Finanzierungsspielraum zu schaffen. Da die Durchsetzung des Steuerrechts nur zögerlich stattfindet und es in der Vergangenheit in ähnlichen Situationen zu Steueramnestien gekommen ist, stellt die extrem hohe formale Verzinsung der Steuerschuld für den Unternehmenssektor wahrscheinlich keinen Anreiz zur Steuerzahlung dar.

²⁵ Vgl. *Financial Times* vom 24. Oktober 1996.

²⁶ Vgl. *Reuters* vom 28. Oktober 1996.

Tabelle 11

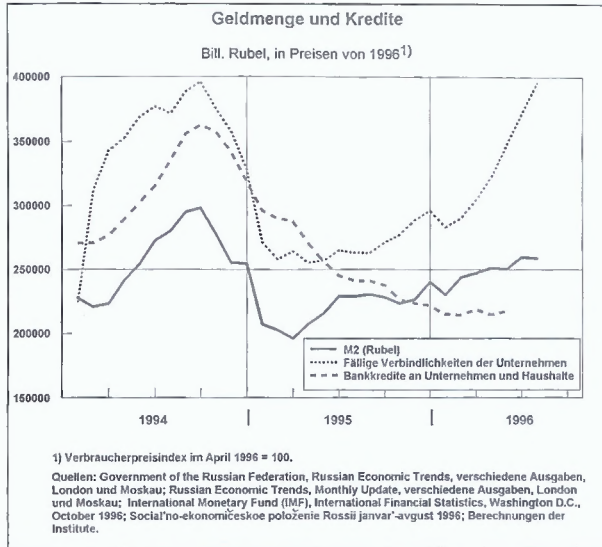
Geldmengen- und Kreditaggregate
Veränderungen gegenüber dem Vorquartal in vH

	1992	1993	1994	1995	1996	
	I-IV	I-IV	I-IV	I-IV	I	II
Bargeld	82	68	29	25	7	20
Geldbasis	.	66	31	22	10	13
M2 (Rubel)	63	51	32	22	10	10
M2 ¹⁾	.	.	33	21	8	10
Bankkredite ²⁾	.	.	36	13	9	5
<i>Memorandum:</i>						
Erzeugerpreise	221	79	36	30	9	5
Verbraucherpreise	177	76	33	24	10	5

Aufgrund von Revisionen der Daten sind Abweichungen zu früheren Veröffentlichungen möglich. 1992-1995: Durchschnittliche Quartalswerte. — ¹⁾ Rubelgeldmenge plus Geldbestände in ausländischer Währung. — ²⁾ Kredite des Bankensystems an Unternehmen und private Haushalte.

Quellen: International Monetary Fund (IMF), *International Financial Statistics*, Washington D.C., Oktober 1996; Government of the Russian Federation, *Russian Economic Trends, Monthly Update*, verschiedene Ausgaben, London und Moskau; Zentralbank der Russischen Föderation, *Bulletin of Banking Statistics*, Moskau 1996; Berechnungen der Institute.

Schaubild 1



ber hat die Regierung einen geringfügig revidierten Haushaltsentwurf vorgelegt²⁷. Beide Haushaltsentwürfe weisen ein Defizit von 3,3 vH des BIP aus. Nach dem ersten Entwurf sollten die Mehreinnahmen vor allem durch Steuererhöhungen zustande kommen²⁸. Gedacht war insbesondere an eine Erhöhung der Verbrauchssteuern für Gas und Mineralöl, an die Durchsetzung einer Kapitalertragssteuer und die Beschneidung bestehender Möglichkeiten zur Rücklagenbildung (Gewinnthesaurierung)²⁹.

Geld- und Kreditpolitik

Im 1. Halbjahr 1996 wurde die 1995 begonnene monetäre Stabilisierung fortgesetzt. Alle Geldmengenaggregate nahmen 1996 pro Quartal weniger stark zu als im Vorjahr (vgl. Tabelle 11). Jedoch expandierten bereits im II. Quartal 1996 die Geldbasis und die Bargeldmenge deutlich stärker als im I. Quartal³⁰. Aufgrund einer im Vergleich zu 1995 erhöhten Bereitschaft zur Geldhaltung, d.h. einer gesunkenen Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, blieb die Preissteigerung trotz verringerter Produktion hinter der Zunahme der nominalen Geldmenge zurück. Im Ergebnis ist die reale Geldmenge in den ersten acht Monaten von 1996 um knapp 7 vH gestiegen (vgl. Schaubild 1). Dem Anstieg der Geldmenge stand — insbesondere im II. Quartal — keine entsprechende Ausweitung der Kredite an Unternehmen gegenüber, so daß das reale Kreditvolumen im Unternehmenssektor stagnierte bzw. sogar leicht fiel. Die Banken haben vielmehr verstärkt in hochverzinsliche Staatspapiere investiert³¹.

Angesichts des Rückgangs der Inflation hat die Zentralbank ihre offiziellen Refinanzierungszinsen schrittweise von 120 vH per annum im Februar 1996 auf 110 vH im Juli,

80 vH im August und 60 vH im Oktober gesenkt. Das bedeutete einen leichten Rückgang der Realzinsen, die allerdings noch immer im extrem hohen Bereich liegen (vgl. Schaubild 2). Neben den zu offiziellen Refinanzierungssätzen vergebenen Krediten haben die Geschäftsbanken die Möglichkeit, sich auf Kreditauktionen Zentralbankgeld zu beschaffen. Seit März 1996 werden Auktionskredite über eine Art Lombardfazilität gegen die Stellung von Sicherheiten, insbesondere Staatsanleihen, vergeben³². Die auf diesen Auktionen erzielten realen Zinssätze liegen zwar unterhalb des offiziellen Refinanzierungszinses, sind aber ebenfalls deutlich positiv. Die Kreditauktionen eröffnen den Geschäftsbanken Gewinnchancen, denn der Zins auf Staatsanleihen (GKO) lag zeitweise oberhalb der Auktionszinsen. Das galt insbesondere für die Zeit im Vorfeld der Präsidentschaftswahl. Nach den Wahlen sind die GKO-Zinsen zwar gefallen, Mitte September lag jedoch der Anleihezins mit 65 vH noch immer oberhalb des höchsten Auktionszinsses (60 vH)³³. Indirekt hat die Zentralbank auch durch diese Möglichkeit der Zinsarbitrage zur Finanzierung des Haushaltsdefizits beigetragen.

Daß es trotz des hohen Realzinsniveaus zu einer recht starken Zunahme der Geldbasis kommen konnte, ist für das I. Quartal 1996 noch auf einen vorübergehenden

²⁷ Vgl. vwd-Rußland vom 24. Oktober 1996.

²⁸ Im ersten Entwurf waren Einnahmen in der Größenordnung von 15,77 vH des BIP vorgesehen, denen Ausgaben von 19,07 vH gegenüberstehen sollten. Nach dem letzten Entwurf werden Einnahmen- und Ausgabenseite jeweils um 0,03 vH des BIP gekürzt. Beide Entwürfe gehen damit von einer Einnahmensteigerung um etwa 5 Prozentpunkte aus. In den ersten acht Monaten 1996 erreichten die Einnahmen des Föderationshaushaltes 11,2 vH des BIP. Vgl. Finansovye izvestija vom 12. September 1996 und Ekonomika Rossii, janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 136 ff.

²⁹ Vgl. Finansovye izvestija vom 19. September 1996.

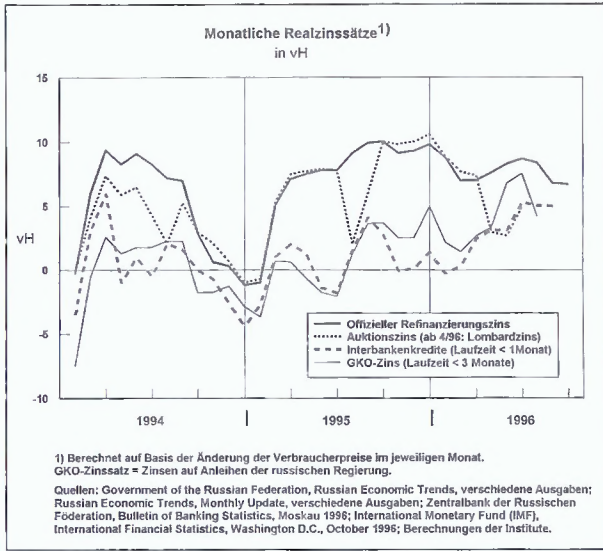
³⁰ Ersten Angaben über die Geldmengenentwicklung in den Monaten Juli und August zufolge ging das Wachstum der Geldmenge wieder zurück. Dies ist in erster Linie auf eine Abnahme der Währungsreserven in den Monaten Juli und August um knapp 20 vH zurückzuführen, was einen Anstieg der Geldbasis um weniger als 1 vH bedingte. Auf Quartalsbasis berechnet stieg die Geldmenge M2 nur noch um 5 vH.

³¹ Der Anteil der Forderungen an die Regierung an den gesamten Aktiva der Geschäftsbanken, der noch Ende 1994 bei 5 vH gelegen hatte, stieg allein in den ersten sechs Monaten von 1996 von 18 auf 22 vH. International Monetary Fund: International Financial Statistics, Oktober 1996, Washington D.C. Parallel dazu sank der Anteil der Forderungen an Unternehmen von 56 auf 53 vH.

³² In den ersten sieben Monaten von 1996 hatten diese Auktionskredite ein Volumen von rund 20 vH der von der Zentralbank neu vergebenen Kredite. Darüber hinaus wird seit Oktober Tagesgeld über Offenmarktgeschäfte in Staatsanleihen mit Rückkaufvereinbarung vergeben; vgl. OMRI Economic Digest, Vol. 2, Nr. 43, Oktober 1996.

³³ Russian Economic Trends, Monthly Update, September 1996. Seither ist der Anleihezins um weitere etwa 10 Punkte gefallen; vgl. z.B. Reuters vom 6. November 1996.

Schaubild 2



Zufluß an Währungsreserven zurückzuführen. Von April bis August war dann allerdings — mit Ausnahme des Juni — ein Abfluß an Währungsreserven zu verzeichnen³⁴. Insbesondere im II. Quartal war eine relativ zinsunelastische Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte die treibende Kraft hinter dem Geldmengenwachstum (vgl. Tabelle 12)³⁵. Auch im Juni stiegen die Forderungen an die Regierung mit 4 vH unvermindert stark an.

Angesichts der prekären Finanzlage der öffentlichen Haushalte sowie noch immer ungelöster Liquiditäts- bzw. Solvenzprobleme im Unternehmens- und Bankensektor sind erhebliche Anstrengungen erforderlich, um den monetären Stabilisierungskurs beizubehalten. Im bisher-

gen Jahresverlauf konnten Einnahmehausfälle der öffentlichen Haushalte durch ausländische Kredite und durch die Ausgabe von Staatsanleihen zumindest teilweise kompensiert werden. Durch die inländische Kreditfinanzierung entstehen der Regierung jedoch sehr hohe Kosten in Form von Zinsverpflichtungen. Eine Lockerung des geldpolitischen Kurses würde die öffentlichen Haushalte dadurch entlasten, daß ihre Zinsverpflichtungen und, falls es zu einem Anstieg der Inflation kommt, auch die Realwerte ausstehender Staatsschulden sinken würden. Aus diesem Mechanismus entsteht erheblicher politischer Druck auf die Zentralbank, die Geldemission auszuweiten. Die Regierung hat bereits im Juni versucht, die zumindest formell gegebene Unabhängigkeit der Zentralbank zu unterlaufen. Die Bank wurde von der Regierung angewiesen, den Gewinn des Jahres 1994 an das Budget zu überweisen³⁶. Das Zentralbankgesetz legt jedoch fest, daß die Bank unabhängig über die Bildung von Reservefonds und die Überweisung ihres Gewinns an die Regierung bestimmen darf³⁷. Die Zentralbank reagierte zwar mit der Erhö-

³⁴ Konsistente Angaben für das III. Quartal liegen bisher noch nicht vor.

³⁵ Eine Erklärung hierfür könnte sein, daß ausländische Kredite über die Zentralbank an die öffentlichen Haushalte weitergeleitet wurden. Bei Inanspruchnahme der Kredite würden demnach die Forderungen an die Regierung zu- und die Auslandsaktiva der Zentralbank abnehmen. Allerdings läßt sich hiermit nur ein Teil der Zunahme der Forderungen an die Regierung erklären.

³⁶ Kommersant vom 18. Juni 1996, S. 17-18.

³⁷ Federal'nyj Zakon „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Zakon RSFSR 'O Central'nom banke RSFSR' (Banke Rossii)“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 18/1995, S. 2879-2898.

Tabelle 12

Herkunft und Verwendung der Zunahme der Zentralbankaktiva in vH der absoluten Zunahme der Zentralbankaktiva¹⁾

	1994	1995	1996		
			I	II	III
Herkunft					
Ausländische Aktiva	20,5	51,2	50,8	-144,5	20,3
Inländische Aktiva	79,5	48,8	49,2	244,5	79,7
darunter:					
Forderungen an die Regierung	71,6	47,0	45,3	235,8	75,0
Forderung an die Geschäftsbanken	7,7	1,8	3,9	4,5	4,0
Verwendung					
Bargeldumlauf	25,1	40,2	20,9	334,1	69,7
Konten der Geschäftsbanken	16,6	17,9	17,2	-3,2	14,0
Konten der Regierung	10,7	6,9	21,1	-317,5	-31,7
Andere Passiva (netto)	47,6	35,0	40,8	86,6	48,0

¹⁾ Absolute Zunahme = 100; die Anteile können daher Werte im negativen Bereich bzw. über 100 annehmen.

Quellen: International Monetary Fund (IMF), International Financial Statistics, Washington D.C., October 1996; Berechnungen der Institute.

hung der Mindestreservesätze für die Geschäftsbanken³⁸ und einer vorübergehenden Aussetzung der Auktionskredite. Dennoch ist unverkennbar, daß die Regierungsorgane versuchen, Einfluß auf die Zentralbank zu nehmen.

Neben der schwachen Finanzlage der öffentlichen Haushalte stellt die zunehmende Verschuldung der Unternehmen eine weitere Gefahr für die monetäre Stabilität dar. Von Januar bis Juli 1996 nahmen die fälligen Verbindlichkeiten der Unternehmen real um knapp 40 vH zu (vgl. Schaubild 1)³⁹. Hohe Realzinsen, die verzögerte Umsetzung des Konkursgesetzes und der fehlende Strukturwandel im Unternehmenssektor tragen zu der Zahlungskrise bei. Daß auch die Banken von der Zahlungskrise der Unternehmen nicht verschont bleiben, kommt in einer Zunahme der Insolvenzen im Bankensektor zum Ausdruck. Im 1. Halbjahr 1996 sind die notleidenden Kredite und die überfälligen Zinszahlungen deutlich stärker als die Kredite insgesamt gestiegen⁴⁰. Der Anteil überfälliger Kredite und gestundeter Zinszahlungen lag zur Jahresmitte bei 21 vH des Kreditvolumens (Ende 1995: 18 vH)⁴¹. Seit Beginn der Transformation hat die Zentralbank insgesamt 463 Banken die Lizenz entzogen (Stand: August 1996), knapp 40 vH davon allein im Verlauf des Jahres 1996⁴². Während die meisten der geschlossenen Banken sehr klein sind und keine überregionale Bedeutung haben, wurde im Juli erstmals auch eine der größeren Banken, die Tveruniversalbank, geschlossen. Eine offene Bankenkrise konnte jedoch bisher verhindert werden. Die Einlagen der Tveruniversalbank wurden von der staatlichen Sberbank übernommen und garantiert, ferner stellte die Zentralbank kurzfristige Liquiditätskredite zur Verfügung⁴³.

Diese Beobachtungen verdeutlichen, daß die Zentralbank auf einem sehr schmalen Grat wandert. Einerseits ist eine Absenkung des realen Zinsniveaus erforderlich, um kreditfinanzierte Investitionen in das Anlage-, aber auch in das Umlaufvermögen zu fördern. Andererseits steht bei einer zu schnellen geldpolitischen Lockerung die Glaubwürdigkeit der Zentralbank auf dem Spiel, Forderungen nach einer monetären Alimentierung des Budgetdefizits sowie insolventer Banken und Unternehmen abweisen zu können. Diese Glaubwürdigkeit kann durch eine höhere Transparenz der Geldpolitik erreicht werden. Diskretionäre geldpolitische Maßnahmen wie die Unterstützung insolventer Banken sollten vermieden werden. Angaben über den geldpolitischen Kurs und die Entwicklung wichtiger Geld- und Kreditaggregate sollten möglichst frühzeitig verfügbar und klar interpretierbar sein. Bei der Schaffung von Bedingungen für eine nachhaltige Stabilisierung ist die Geldpolitik allein jedoch überfordert. Geldpolitische Maßnahmen müssen vielmehr durch strukturelle Reformen in anderen Bereichen der Wirtschaft flankiert werden, in der gegenwärtigen Situation insbesondere durch die Fiskalpolitik.

Die Glaubwürdigkeit der Zentralbank — in deren Aufgabenbereich die Bankenaufsicht fällt — kann auch dadurch erhöht werden, daß Schritte zu einer nachhaltigen Reform

des Bankensystems eingeleitet werden. Ein neues Gesetz über die Tätigkeit der Geschäftsbanken, das im Februar 1996 in Kraft getreten ist und eine Annäherung russischer Richtlinien an internationale Standards beinhaltet, kann eine Grundlage hierfür sein⁴⁴. Das Gesetz legt fest, welche Tätigkeiten Banken ausüben dürfen (Art. 5). Zwar können russische Geschäftsbanken nicht unmittelbar als Universalbanken operieren, d.h. das Investmentbankinggeschäft ausüben und zugleich Eigenkapitalanteile an Unternehmen halten. De facto sind die Geschäftsbanken jedoch über Tochtergesellschaften und Investmentfonds als Universalbanken tätig. Finanz-Industrielle Gruppen werden beispielsweise dadurch gefördert, daß den beteiligten Banken Sonderkonditionen in Form von Krediten zu Zinsen unterhalb des offiziellen Refinanzierungssatzes gewährt werden⁴⁵. Ordnungspolitisch ist dies jedoch nicht zu rechtfertigen, da derartige Zinsvergünstigungen eine Subventionierung der beteiligten Banken und Unternehmen bedeuten.

Mit dem Gesetz wird ferner ein Versuch unternommen, das bisher implizit bestehende System der Einlagenversicherung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen (Art. 36 ff.). Neben der Verpflichtung der Banken, Reserven für notleidende Kredite zu bilden (Art. 24) und einer Einlagenversicherung beizutreten, übernimmt der Staat eine Garantie der Einlagen derjenigen Banken, die sich im

³⁸ Die Mindestreservesätze auf Giro- und Termingeldkonten mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen wurden von 18 auf 20 vH erhöht, für Konten mit einer Laufzeit von 31 bis 90 Tagen von 14 auf 16 vH, für Konten mit einer Laufzeit von mehr als 90 Tagen von 10 auf 12 vH und für Devisenkonten von 1,25 auf 2,5 vH.

³⁹ Es werden sowohl Verbindlichkeiten gegenüber dem Budget und außerbudgetären Fonds als auch gegenüber Lieferanten betrachtet. Die Anteile dieser Verbindlichkeiten sind mit je rund 50 vH im Jahresverlauf in etwa konstant geblieben.

⁴⁰ Central Bank of the Russian Federation: Bulletin of Banking Statistics, Nr. 8(39), Moskau 1996.

⁴¹ Vgl. Central Bank of the Russian Federation: Bulletin of Banking Statistics, Nr. 1(32) bzw. 8(39), Moskau 1996. Anfang 1996 wurden erhebliche Revisionen in den Statistiken über den Umfang notleidender Kredite in den Bilanzen der Banken vorgenommen. Demnach fiel der Anteil notleidender Forderungen an den gesamten Bankkrediten Ende 1995 von 33 auf 8 vH. Vermutlich verbirgt sich hinter dieser Revision die Abschreibung uneinbringlicher Forderungen.

⁴² Vgl. Vestnik Banka Rossii, Nr. 2/1996 und Nr. 52/1996. Weitere 9 Banken wurden in den ersten sieben Monaten von 1996 umstrukturiert bzw. liquidiert.

⁴³ Neue Zürcher Zeitung vom 23. Juli 1996.

⁴⁴ Federal'nyj Zakon: „O vnesenii izmenenij i dopolnenij v Zakon RSFSR 'O bankach i bankovskoj dejatel'nosti v RSFSR'“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 6/1996, S. 1408-1427; Stefanie Seeberg und Adalbert Winkler: Lending in a New Regulatory Environment — The Monetary Situation in Russia in the Summer of 1996, International Project Consult, Frankfurt 1996.

⁴⁵ Federal'nyj Zakon: „O finansovo-promyšlennych gruppach“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 49/1995, S. 8748-8756.

mehrheitlichen Staatsbesitz befinden. Es ist unklar, inwieweit diese Garantie auch auf Banken angewendet wird, die von staatlichen Stellen gegründet wurden⁴⁶. Da die meisten russischen Banken ihre Wurzeln im sowjetischen Monobankensystem haben bzw. von staatlichen Institutionen gegründet wurden, dürfte de facto eine implizite Einlagenversicherung der Regierung für die wichtigsten Banken weiterbestehen. Die Tätigkeit von Auslandsbanken wird weiterhin durch erhebliche Marktzutrittsbarrieren beschränkt (Art. 17 ff.). Ausländische Banken müssen eine Lizenz der Zentralbank erhalten, der Umfang des ausländischen Kapitals im russischen Bankensystem bleibt auf maximal 12 vH begrenzt, und es können grundsätzlich abweichende Regulierungen für ausländische im Vergleich zu russischen Banken erlassen werden. Revisionen betreffen auch die Liquiditäts- und Solvenz Kriterien für Banken⁴⁷. Es bleiben jedoch Sonderregelungen für die traditionellen Staatsbanken — wenngleich in abgemilderter Form — bestehen, und es wurde eine Übergangsperiode festgelegt, bis zu deren Ende 1999 alle Banken die neuen Standards erfüllt haben sollen⁴⁸.

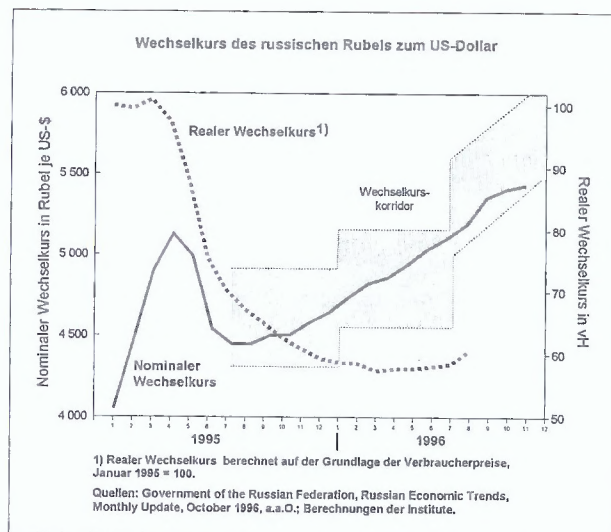
Grundsätzlich sind die bisher erfolgten Schließungen von Banken und die Revisionen des Bankengesetzes Schritte in Richtung einer glaubwürdigen Bankenreform. Entscheidend ist nun jedoch, daß die neuen Standards konsequent und vor allem für alle Banken einheitlich umgesetzt werden. Dies gilt um so mehr, da die enge Verflechtung von Banken und Unternehmen erhebliche Risiken birgt und eine effektive Kontrolle der Banken erschwert. Eine wichtige Rolle bei der Reform des Bankensystems kann dem Wettbewerbsdruck und dem Wissenstransfer durch ausländische Banken zukommen. Gerade im Hinblick auf die noch fehlende Konvertibilität des Rubels im Bereich des Kapitalverkehrs kann der Abbau noch bestehender Barrieren für den freien Marktzutritt ausländischer Banken den Ansprüchen eines umfassenden Reformkonzepts genügen.

Wechselkurspolitik

Nachdem 1995 erstmals ein Korridor für den Kurs zwischen russischem Rubel und US-\$ festgelegt worden war, ging die Zentralbank in der 2. Jahreshälfte 1996 zu einem *crawling peg* über: Seit Juli 1996 folgt die Wechselkursentwicklung des Rubels gegenüber dem Dollar einer von der Zentralbank kontrollierten schrittweisen Abwertung innerhalb eines Kurskorridors⁴⁹. Der Kurskorridor (*crawling band*) wird von 5 000 bis 5 600 Rubel zu Beginn des 2. Halbjahres 1996 auf 5 500 bis 6 100 Rubel am Jahresende angepaßt⁵⁰. Das für 1997 angekündigte *crawling band* liegt zum 1. Januar 1997 bei 5 500 bis 6 100 Rubel und zum 31. Dezember 1997 bei 5 750 bis 6 350 Rubel je US-\$.

Insgesamt wertete der Rubel in der 1. Jahreshälfte 1996 um durchschnittlich 1,6 vH pro Monat ab (vgl. Schaubild 3). Nach der Jahresmitte hat die über die Inflationsrate hinaus-

Schaubild 3



gehende Abwertung des Rubels dazu geführt, daß die im 1. Halbjahr 1996 aufgelaufene reale Aufwertung sogar leicht überkompensiert werden konnte; die bereits 1995 erfolgte reale Aufwertung blieb jedoch bestehen. Insbesondere im II. Quartal 1996 wurde eine schnellere Abwertung des Rubels durch Interventionen der Zentralbank verhindert. Zur Verteidigung des festen Wechselkurses durch intramarginale Interventionen mußte die Zentralbank im April und Mai 1996 Teile ihrer Währungsreserven einsetzen. Einem Anstieg der — in Rubel berechneten — Reserven im I. Quartal (+15 vH) folgte damit ein Rückgang im II. Quartal um knapp 7 vH⁵¹. Weitere Stützungskäufe

⁴⁶ Stefanie Seeberg und Adalbert Winkler: Lending in a New Regulatory Environment — The Monetary Situation in Russia in the Summer of 1996, a.a.O.

⁴⁷ Nach der neuen Verordnung beträgt das Mindestkapital für Geschäftsbanken mit einer allgemeinen Lizenz 5,0 Mill. ECU, die risikogewichtete Eigenkapitalquote wurde von 4 auf 8 vH angehoben, verschiedene Bestimmungen über Großkredite und Liquiditätskennziffern wurden angepaßt, und Gewichtungskriterien für Risikoaktiva wurden eingeführt. Stefanie Seeberg und Adalbert Winkler: Lending in a New Regulatory Environment — The Monetary Situation in Russia in the Summer of 1996, a.a.O.

⁴⁸ Die Zentralbank will die Kontrolle einer Gruppe größerer Banken hinsichtlich der Einhaltung der neuen Richtlinien verbessern; vgl. Kommersant, Nr. 23-24/1996, S. 20-21. Diese Banken sollen zu einer verstärkten Offenlegung ihrer Finanzdaten verpflichtet und von der Zentralbank gezielt umstrukturiert werden; vgl. Blick durch die Wirtschaft vom 17. September 1996.

⁴⁹ Kommersant vom 21. Mai 1996, S. 8.

⁵⁰ Darüber hinaus gibt die Zentralbank seit Ende Mai 1996 täglich ihre Kauf- und Verkaufskurse für den Dollar bekannt; vgl. Russian Economic Trends, Nr. 5/1996, S. 34.

⁵¹ International Monetary Fund: International Financial Statistics, Oktober 1996, Washington D.C.

folgten im Juli und August, so daß die Währungsreserven der Zentralbank Ende August eine Höhe von 3,7 Mrd. US-\$ bzw. knapp die Hälfte des Bestandes vom Jahresanfang erreichten⁵².

Die Zentralbank hat ferner Anfang Juni offiziell die volle Konvertibilität des Rubels für Leistungsbilanztransaktionen eingeführt und damit ihr Wechselkursregime an die Vorgaben des Artikel VIII der Statuten des Internationalen Währungsfonds angepaßt. De facto war der Rubel jedoch für die Leistungsbilanz bereits weitgehend konvertibel, so daß dieser Schritt in erster Linie die Abschaffung noch bestehender Restriktionen bei der Verwendung von Rubelkonten für Nicht-Gebietsansässige und auf die Repatriierung von Gewinnen erforderte. Beschränkungen des Kapitalverkehrs können auch weiterhin beibehalten werden. Diese dürften allerdings kaum effektiv sein und haben — bei ihrer Umgehung — den Nachteil, daß Kapitalexporte in den offiziellen Statistiken nicht erfaßt und damit die tatsächlichen Kapitalbewegungen intransparent bleiben. Im August wurden vorsichtige Schritte zur Öffnung des russischen Kapitalmarktes für ausländische Investoren unternommen. Gleichzeitig wurden jedoch das Volumen der Käufe russischer Staatsanleihen durch ausländische Investoren und die für Ausländer zulässige maximale Rendite beschränkt⁵³.

Insgesamt hat die neue Wechselkurspolitik dazu geführt, daß an Stelle der fortgesetzten realen Aufwertung sogar eine leichte reale Abwertung getreten ist. Daher dürften sich die Wettbewerbschancen russischer Exporteure auf den Weltmärkten zunächst tendenziell verbessert haben, und die Anreize sind gesunken, heimische Produkte durch Importe zu ersetzen. Der Rückgang der Kapitalzuflüsse hat zudem verhindert, daß von dem Wechselkursziel ein expansiver Effekt auf die Geldversorgung ausgegangen ist. Allerdings ist dieser Rückgang wohl in erster Linie auf politische Unsicherheiten zurückzuführen, denn noch immer besteht ein erhebliches Zinsdifferential zum Ausland, das Anreize zu Kapitalimporten bietet. Darüber hinaus beinhaltet der für 1997 angekündigte gleitende Wechselkurskorridor die Gefahr einer neuerlichen realen Aufwertung, denn es ist zu erwarten, daß die Inflationsrate 1997 die angestrebte nominale Abwertung überschreiten wird.

Außenwirtschaft

Die verfügbaren Informationen über die wichtigsten Posten der Zahlungsbilanz für das Jahr 1996 deuten darauf hin, daß sich die Zahlungsbilanzsituation verglichen mit dem Vorjahr nicht grundlegend geändert hat⁵⁴. Die Handelsbilanz wies in den ersten acht Monaten des Jahres 1996 bei Exporten von 56,6 Mrd. US-\$ und Importen von 42,2 Mrd. US-\$ einen Überschuß von 14,4 Mrd. US-\$ auf⁵⁵. Damit dürfte im Gesamtjahr 1996 das Vorjahresergebnis von 22,5 Mrd. US-\$ für die Handelsbilanz und 14,4 Mrd. US-\$ für die Leistungsbilanz unter Ausschluß der Faktordienstleistungen erreicht werden. Die Ausfuhr nach

Deutschland lag nach der deutschen Außenhandelsstatistik im 1. Halbjahr 1996 um etwa 5 vH und die Einfuhr aus Deutschland um etwa 8 vH über dem Vorjahresergebnis⁵⁶.

Der Anteil des Handels mit dem GUS-Raum am gesamten Außenhandelswert nahm leicht zu. Bei den Exporten lag er für den Zeitraum Januar bis August 1996 bei 20,8 vH gegenüber 18,2 vH im entsprechenden Vorjahreszeitraum und bei den Importen bei 30,3 vH gegenüber 25,9 vH. Diese Entwicklung ist teilweise darauf zurückzuführen, daß die Preise im Intra-GUS-Handel großenteils in russischen Rubeln festgelegt waren und der Wert dieser Handelsströme in US-\$ im Zuge der realen Aufwertung des Rubels in der 1. Jahreshälfte stärker anstieg als die Preise der übrigen Exporte und Importe⁵⁷.

Abgesehen vom Handelsbilanzüberschuß sind Mittelzuflüsse für das Gesamtjahr vor allem durch mittel- und langfristige Kredite zu erwarten. Die Projektdatenbank (donor assistance database) der G7 Support Implementation Group weist mit Stand von Anfang Oktober für das Jahr 1996 tatsächliche Zuflüsse an ausländischer Hilfe (disbursements) von 7,0 Mrd. US-\$ aus. Im Gesamtjahr 1995 waren es nach derselben Quelle 12,9 Mrd. US-\$. Bei der Bewertung der Angaben für 1996 muß berücksichtigt werden, daß nicht alle in der Projektdatenbank erfaßten Auszahlungen zahlungsbilanzwirksam werden und die Meldungen der Geber mit einer gewissen Verzögerung erfolgen. Jedenfalls kann nach diesen Angaben als wahrscheinlich gelten, daß 1996 das Vorjahresergebnis ungefähr wieder erreicht wird. Weitere Zuflüsse sind bei den Direktinvestitionen zu erwarten, die 1995 bei etwa 2,0 Mrd. US-\$ lagen⁵⁸. Erstmals gibt es 1996 offenbar auch nennenswerte Zuflüsse in Form von Portfolioinvestitionen. Der überwiegende Teil von ausländischen Portfolioinvestitionen fließt nicht in den Unternehmenssektor, sondern in Regierungsanleihen und Anlagen des Bankensektors. Immer mehr große russische Unternehmen versuchen jedoch, die Restriktionen der russischen Finanzmärkte zu umgehen, indem sie Beteiligungen und Schuldverschreibungen als *American Depositary Receipts* (ADRs) auf den internationalen Finanzmärkten platzieren⁵⁹.

⁵² Russian Economic Trends, Monthly Update, Oktober 1996.

⁵³ PlanEcon Report, Russian Economic Monitor, Nr. 35-36/1996.

⁵⁴ Eine detaillierte Statistik liegt erst für das I. Quartal 1996 vor: Vestnik Banka Rossii, Nr. 38/1996, „Platežnyj balans Rossijskoj Federacii i meždunarodnaja investicionnaja pozicija bankovskoj sistemy Rossijskoj Federacii“.

⁵⁵ Ekonomika Rossii, januar' -sentjabr' 1996 g., a.a.O., S. 69.

⁵⁶ Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Außenhandelsstatistik, Fachserie 7, Reihe 1.

⁵⁷ Ekonomika Rossii, januar' -sentjabr' 1996 g., a.a.O., S. 69.

⁵⁸ Vestnik Banka Rossii, Nr. 38/1996: „Platežnyj balans Rossijskoj Federacii i meždunarodnaja investicionnaja pozicija bankovskoj sistemy Rossijskoj Federacii“.

⁵⁹ Ein Teil der Unternehmen verwendet auch *American Depositary Shares* (ADS).

Für die Auslandsverbindlichkeiten gegenüber den Mitgliedern des Pariser Clubs wurde am 29. April 1996 eine langfristige Umstrukturierung vereinbart⁶⁰. In dem Umschuldungsabkommen wurde auf eine Kapitalisierung von Zinszahlungen weitgehend verzichtet und für den größeren Teil der Kredite ein Rückzahlungszeitraum von 20 Jahren, für einen kleineren Teil von 25 Jahren festgelegt. Insgesamt umfaßt das Umschuldungsabkommen Verbindlichkeiten über 40,2 Mrd. US-\$, von denen rund 46 vH auf Deutschland entfallen⁶¹.

Das Umschuldungsabkommen des Pariser Clubs ist an die Erfüllung der Auflagen eines langfristigen Kredits des IWF aus der „Erweiterten Fonds-Fazilität“ gebunden. Nach diesen Auflagen muß Rußland das Defizit der konsolidierten öffentlichen Haushalte 1996 auf 4 vH des BIP beschränken und in den Folgejahren um jeweils einen Prozentpunkt senken, die monatliche Inflationsrate auf 1 vH reduzieren und umfassende strukturelle Reformen bei der Steuererhebung sowie im Banken- und Agrarsektor einleiten. Der IWF hat wiederholt die Nichteinhaltung fiskalpolitischer Auflagen kritisiert und zunächst die für Juli und dann die für Oktober und November vorgesehenen Auszahlungen von Tranchen verschoben⁶². Insgesamt ist aber durch die Bindung des Umschuldungsabkommens an die Auflagen des IWF das Vertrauen in die russische Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft erhöht worden.

Der für die Verschuldung gegenüber den westlichen Geschäftsbanken zuständige Londoner Club legte sein Umschuldungsabkommen nach dem erfolgreichen Abschluß der Vereinbarung mit dem Pariser Club den betroffenen Geschäftsbanken im Mai 1996 zur Unterzeichnung vor. Bis Ende September 1996 konnte für 24 Mrd. US-\$ der insgesamt 25,5 Mrd. US-\$ von den Gläubigerbanken eine Zustimmung erreicht werden⁶³.

Die Umschuldungsabkommen und Zahlungsaufschübe gegenüber den Gläubigern des Pariser und Londoner Clubs haben zunächst zu einer spürbaren Verringerung der Zahlungsverpflichtungen Rußlands gegenüber dem Ausland geführt. Bei ursprünglich fälligen Verbindlichkeiten von reichlich 20 Mrd. US-\$ per annum dürften die Zahlungsverpflichtungen Rußlands durch die Umschuldungsabkommen von 1996 bis 1998 auf etwa 9,5 bis 11 Mrd. US-\$ per annum reduziert werden. 1999 ist aufgrund der Rückzahlung der IWF-Fazilitäten mit einem Anstieg auf rund 16 bis 17 Mrd. US-\$ per annum und schließlich im Jahre 2002 mit rund 20 Mrd. US-\$ per annum zu rechnen. Der im Zuge der Umschuldungsabkommen vorgesehene Anstieg der russischen Zahlungen gegenüber dem Ausland wurde durch die Neuvergabe von Krediten spürbar gemildert: Im Rahmen der Erweiterten Fonds-Fazilität hat der IWF Rußland einen mehrjährigen Kredit mit einem Gesamtvolumen von 10,1 Mrd. US-\$ zur Verfügung gestellt. Vom größten bilateralen Gläubiger Rußlands, der Bundesrepublik Deutschland, wurden 1996 weitere Kredite mit einem Volumen von 5,1 Mrd. DM vergeben⁶⁴. Diese Kredite stehen in

engem Zusammenhang mit dem Abschluß des langfristigen Umschuldungsabkommens.

Beides, die langfristige Umstrukturierung der Auslandsverbindlichkeiten und die mit ihr verbundene Auszahlung neuer Kredite, bedeuten für Rußland kurzfristig eine erhebliche Entlastung. Ebenso wichtig ist, daß durch die langfristige Umstrukturierung der russischen Auslandsverbindlichkeiten das Vertrauen der privaten Anleger in die russische Zahlungsfähigkeit gestärkt wurde. Die relativ günstige Bewertung Rußlands durch die internationalen Rating-Agenturen hat die Finanzierungskosten spürbar gesenkt.

Insgesamt ist als Folge der Umschuldungsabkommen mit dem Pariser und Londoner Club mit einem schnellen Anstieg der russischen Neuverschuldung zu rechnen. Allein aufgrund einer teilweisen Kapitalisierung der Zinszahlungen steigen die russischen Auslandsverbindlichkeiten bis zum Einsetzen der vereinbarten Tilgungszahlungen im Jahre 2002, je nach unterstellten Zinssätzen, auf 145 bis 160 Mrd. US-\$⁶⁵.

Ordnungspolitik

Nach dem Wechsel des Privatisierungsverfahrens von der Vouchermethode zum Verkauf der staatlichen Unternehmen hat sich das Tempo der Entstaatlichung deutlich verlangsamt. Der Anteil der im staatlichen und gemischten⁶⁶ Sektor Beschäftigten an den gesamten Erwerbstätigen sank während der Voucherprivatisierung 1993 um 10 Prozentpunkte (vgl. Tabelle 13). 1994, als zur Jahresmitte zur Verkaufsprivatisierung übergegangen wurde, nahm dieser Anteil nur noch um 3,5 Prozentpunkte und 1995 um 4,4 Prozentpunkte ab. Seither ist die Entstaatli-

⁶⁰ Die von Rußland seit der Auflösung der Sowjetunion am 28. Oktober 1991 neu eingegangenen Verpflichtungen sind nicht Teil der Umschuldungsabkommen, weil für sie der Schuldendienst bislang pünktlich geleistet wurde.

⁶¹ Vgl. *Finansovye izvestija* vom 9. März 1996; *Russian Economic Trends, Monthly Update*, Mai 1996, S. 6; *Economist* vom 4. Mai 1996, S. 75; *vwd-Rußland* vom 30. April 1996; *Handelsblatt* vom 24. April 1996.

⁶² Nach Redaktionsschluß wurde die Oktober-Tranche vom IWF freigegeben.

⁶³ *vwd-Rußland* vom 30. September 1996, S. 1.

⁶⁴ Von diesen Krediten entfallen 4 Mrd. DM auf Zahlungsbilanz- und Budgethilfen, 1 Mrd. DM auf projektgebundene Mittel und weitere 1,1 Mrd. DM auf Lieferantenkredite, die durch Hermesbürgschaften und Garantien der Treuhandnachfolgeorganisation BVS abgesichert sind. Vgl. *Rußlands Auslandsverbindlichkeiten*. Bearb.: Herbert Brückner. In: *Wochenbericht des DIW*, Nr. 28/1996, S. 476.

⁶⁵ Diesem Szenario liegt die Annahme zugrunde, daß 60 vH der fälligen Zinszahlungen kapitalisiert werden.

⁶⁶ Im gemischten Sektor befinden sich teilprivatisierte Unternehmen, unter ihnen auch solche, an denen der Staat noch bedeutende Anteile hält. Um das Gewicht des öffentlichen Sektors darzustellen, werden daher im folgenden gemischter und staatlicher Sektor und nicht, wie — in anderen Studien — gemischter und privater Sektor zusammengefaßt.

Tabelle 13

Struktur der Beschäftigung nach Eigentumsformen

	1990	1991	1992	1993	1994	1995
	in 1000 Personen					
Beschäftigte insgesamt	75 300	73 800	72 100	70 900	70 000	67 000
staatlicher Sektor	62 200	55 700	49 700	37 600	32 970	25 996
Gemischter Sektor ¹⁾	3 000	7 500	8 400	12 500	14 000	16 013
Privater Sektor	9 400	9 800	13 200	19 900	22 120	24 120
Sonstige Sektoren	700	800	800	900	910	871
	in vH der Gesamtbeschäftigung					
Staatlicher Sektor	82,6	75,5	68,9	53,0	47,1	38,8
Gemischter Sektor ¹⁾	4,0	10,1	11,7	17,6	20,0	23,9
Privater Sektor	12,5	13,3	18,3	28,1	31,6	36,0
Sonstige Sektoren	0,9	1,1	1,1	1,3	1,3	1,3

¹⁾ Zum gemischten Sektor werden u.a. Kapitalgesellschaften mit staatlicher Beteiligung gezählt. Eine detaillierte Abgrenzung zum staatlichen und privaten Sektor wird in russischen Statistiken nicht vorgenommen.

Quellen: Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po statistike: Osnovnye pokazateli no statistike truda, Moskau 1995, S. 18. Mežgosudarstvennyj Statističeskij Komitet Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv: Ekonomika Sodružestva Nezavisimych Gosudarstv v 1994 g., Moskau 1995, S. 65, sowie 1996, S. 33. Gosudarstvennyj komitet Rossijskoj Federacii po statistike: Rossija v cifrach, Moskau 1995, S. 49.

chung fast zum Stillstand gekommen. In den im 1. Halbjahr 1996 privatisierten Unternehmen waren nur 0,3 vH der Erwerbstätigen beschäftigt. Der Anteil der im staatlichen und gemischten Sektor Beschäftigten an den gesamten Erwerbstätigen beläuft sich daher noch immer auf etwa 62 vH. Gemessen an der Zahl der zu privatisierenden Betriebe wurden seit Beginn der Privatisierung bis Jahresmitte 1996 immerhin etwa 58 vH der ursprünglich zur Privatisierung vorgesehen Unternehmen (teilweise) entstaatlicht⁶⁷.

Im 1. Halbjahr 1996 befanden sich 2 775 Objekte (Unternehmen, Betriebsteile und Boden) im Prozeß der Privatisierung⁶⁸. Die Privatisierung konzentrierte sich auf diejenigen Betriebe, die aufgrund ihres Tätigkeitsprofils und ihrer geringen Größe relativ einfach zu veräußern sind. Weniger als 200 Beschäftigte wiesen 93 vH der privatisierten Betriebe (Zeitraum Januar bis Mai) auf⁶⁹. Zu den Bereichen Handel und Gaststätten gehörten 35,4 vH der Unternehmen (1. Halbjahr). Wie bereits im Vorjahr ging der Anteil der Industriebetriebe weiter zurück; er beträgt nur noch 16,8 vH (vgl. Tabelle 14). 70 vH der privatisierten Unternehmen stammen aus vormaligem kommunalem Eigentum⁷⁰.

In den ersten Monaten 1996 wurden 582 der Unternehmen vor ihrer eigentlichen Privatisierung zunächst in Aktiengesellschaften umgewandelt⁷¹. Der Staat ist an 156 Unternehmen beteiligt, darunter an 51 Unternehmen durch eine „goldene Aktie“, die ihm ein Vetorecht in wichtigen Unternehmensentscheidungen verleiht. Die Verteilung der Aktien (vgl. Tabelle 15) zeigt, daß Staat und Belegschaften die wichtigsten Eigentümer an den im Zuge der

Umwandlung entstandenen Aktiengesellschaften sind. Der hohe Anteil von Aktien, die keinen Käufer fanden, deutet darauf hin, daß externe Investoren nur ein geringes Interesse zeigen, Aktien zu erwerben, insbesondere dann, wenn es sich um Minderheitsbeteiligungen handelt. Externe Investoren haben sich auch selten an direkten Verkäufen, Auktionen oder Tendern beteiligt, durch die die restlichen 2 193 Objekte privatisiert wurden. Etwa 43 vH dieser Objekte wurden direkt an ehemalige Pächter verkauft; etwa 19 vH auf Auktionen und kommerziellen Tendern angeboten und lediglich 1 vH durch Investitionstender an externe Investoren verkauft⁷². Unter dem Aspekt der Kapitalzufuhr ist dieses Ergebnis negativ zu beurteilen, da der vorrangige Verkauf an ehemalige Pächter nur eine geringe Kapitalzufuhr erwarten läßt. Zudem wurden in der Vergangenheit die bei Tendern gemachten Investitionszusagen häufig nicht erfüllt.

Wegen der weit hinter den Erwartungen zurückbleibenden Einnahmen des föderalen Haushalts aus der Privatisierung beabsichtigt die Regierung den Verkauf weiterer

⁶⁷ Berechnet nach Angaben des Staatlichen Komitees für Eigentum (GKI).

⁶⁸ Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1996 g., S. 193 ff.

⁶⁹ Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijun' 1996 g., S. 171.

⁷⁰ Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii, janvar'-ijul' 1996 g., S. 194.

⁷¹ Ebenda, S. 195 ff.

⁷² Ebenda, S. 195.

Tabelle 14
Privatisierte Unternehmen nach Branchen
in vH

	1994	1995	1996 I-II
Industrie	26,9	20,5	16,8
Landwirtschaft	3,0	1,8	2,3
Bauwirtschaft	5,4	3,0	3,5
Transport und Fernmeldewesen	11,0	9,3	9,5
Handel	28,8	32,2	30,1
Gaststätten	5,4	5,8	5,3
Sonstige	19,5	27,4	32,5

Quellen: Social'no ekonomičeskoe....1995 g., a.a.O., S. 121; Social'no ekonomičeskoe....janvar' - ijul' 1996 g., S. 195.

Anteile an Großunternehmen (zur Verteilung der Privatisierungserlöse vgl. Tabelle 16). Dazu gehören⁷³ Aktien des Stromversorgers „Edinnaja Energetičeskaja Sistema Rossii“ (EES), der Erdölgesellschaft „Rosneft“ und der Telekommunikationsgesellschaft „Svjaz'invest“, deren Verkauf allerdings im vergangenen Jahr gescheitert war. Die Frage, ob zur Einnahmenerhöhung im laufenden Jahr zusätzlich das in die Kritik geratene Programm „Kredit gegen Pfand“ neu aufgelegt wird, war im Herbst 1996 noch nicht geklärt⁷⁴. Im Rahmen der bisherigen Verpfändungen hat die Regierung den 1. September 1996 als Frist zum Rückkauf ihres Pfandes verstreichen lassen. Die Banken können nun grundsätzlich entscheiden, ob sie die als Pfand erhaltenen Unternehmensanteile verkaufen wollen, wobei sie 30 vH des Differenzbetrags zwischen Verkaufserlös und Kreditsumme einbehalten dürfen.

Die Zahl und Bedeutung kleiner Unternehmen soll durch staatliche Förderprogramme erhöht werden. Für 1996 soll-

ten zu diesem Zweck 5 vH der Erlöse aus dem Verkauf von föderalem Eigentum bereitgestellt werden⁷⁵. Angesichts der geringen Privatisierungseinnahmen sind für die Finanzierung vorrangiger Projekte im Jahresverlauf weitere Quellen erschlossen worden. Während der zweijährigen Laufzeit des Programms ist beabsichtigt, die Zahl der kleinen Unternehmen zu verdoppeln und rd. 1 Mill. neue Arbeitsplätze zu schaffen. Dies würde eine starke Zunahme gegenüber 1995 bedeuten, als 0,9 Mill. Kleinunternehmen existierten, in denen etwa 9 Mill. Arbeitnehmer tätig waren⁷⁶.

In den (teilweise) in staatlichem Eigentum verbliebenen Unternehmen soll künftig die staatliche Interessenvertretung verstärkt werden. Hierzu wird zwischen GKI und der im Auftrag des Staates in die verschiedenen Geschäftsorgane entsandten Person eine Art Geschäftsbesorgungs-

⁷³ Nach Angaben des GKI.

⁷⁴ Vgl. zum Programm „Kredit gegen Pfand“: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Kurswechsel in der Stabilisierungspolitik. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51/1995, S. 895, sowie Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Institut für Wirtschaftsforschung Halle: Die wirtschaftliche Lage Rußlands. Investitionsschwäche verhindert Wachstum. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 19/1996, S. 326.

⁷⁵ Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii: „O Federal'noj programme gosudarstvennoj podderžke malogo predprinimatel'stva v Rossijskoj Federacii na 1996-1997 gody, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 2/1996, S. 456-491, sowie Postanovlenie Gosudarstvennoj Dumy Federal'nogo Sobranija Rossijskoj Federacii: „Ob utverždenii Federal'noj celevoj programmy gosudarstvennoj podderžki malogo predprinimatel'stva v Rossijskoj Federacii na 1996-1997 gody, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 25/1996, S. 6188.

⁷⁶ Social'no-ekonomičeskoe položenie Rossii 1995 g., S. 129 f.

Tabelle 15

Eigentümerstruktur der neu emittierten Aktien

	1. Halbjahr 1995		1. Halbjahr 1996	
	Mill. Stück	Anteil in vH	Mill. Stück	Anteil in vH
Ausgegebene Aktien	304,7	100,0	132,4	100,0
darunter:				
in öffentlichem Eigentum ¹⁾	70,9	23,3	34,3	25,9
Übernahme durch Belegschaften	122,7	40,3	49,9	37,7
Übertragung der Holdings	16,3	5,3	15,3	11,5
Erfolgreich öffentlich plaziert	47,6	15,6	4,5	3,4
Verkauf gescheitert	47,2	15,5	28,4	21,5

¹⁾ Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Staat an zahlreichen Unternehmen in Form einer „Goldenen Aktie“ entscheidenden Einfluß behält.

Quelle: Social'no ekonomičeskoe....janvar' - ijul' 1996 g., S. 197.

Tabelle 16

Verteilung der Privatisierungserlöse
in vH

	1994 ¹⁾	1995	1996 Januar- August
Kommunen	40,5	35,7	32,1
Föderationssubjekte	18,3	17,0	16,1
Föderation	11,9	18,4	27,2
Privatisierungsorgane	19,8	14,1	10,8
Sonstige	9,5	14,8	13,8

¹⁾ Ohne Voucherprivatisierung.
Quellen: Rossija v cifrach, Moskau 1995, S. 129; Social'no ekonomičeskoe..... 1995 g., S. 128; Social'no ekonomičeskoe.....janvar'-sentjabr' 1996 g., S. 142.

auftrag auf Zeit abgeschlossen⁷⁷. Die bevollmächtigten Personen müssen russische Staatsangehörige sein. Da die Gewichtung der Beurteilungskriterien sowie das Anreizsystem nicht näher spezifiziert wurden, ist nicht abzuschätzen, ob davon ein Anstoß zur Restrukturierung der Unternehmen ausgeht.

Neben Geschäftsbesorgungsaufträgen ist auch eine treuhänderische Verwaltung staatlicher Anteile vorgesehen, und zwar insbesondere bei den sogenannten Finanz-Industriellen Gruppen, von denen es im Sommer 1996 landesweit 35 gab⁷⁸. Eine Finanz-Industrielle Gruppe stellt grundsätzlich einen freiwilligen Zusammenschluß von rechtlich selbständigen Unternehmen und Finanzinstituten dar⁷⁹. Die Mitglieder einer Gruppe gründen dabei eine sogenannte zentrale Gesellschaft, die mit einer Holding vergleichbar ist. Um den Status einer Finanz-Industriellen Gruppe zu erhalten, muß sich die Gruppe unter Vorlage verschiedener Dokumente (u.a. Gründungsvertrag, Aktienregister) registrieren lassen. Über die Registrierung entscheiden auf der Grundlage eines Gutachtens staatliche Organe. Die Bildung der Gruppen hat offiziell zum Ziel, Privatisierung und Demonopolisierung mit dem Strukturwandel zu verbinden. Insbesondere soll durch die Zusammenarbeit von Banken und Unternehmen die Investitionsfinanzierung verbessert werden. Hierzu erhalten die Gruppen verschiedene Vergünstigungen. Die Zentralbank kann die Mindestreservesätze für bestimmte Banken der Finanz-Industriellen Gruppe senken, der Staat kann Investitions Garantien geben und den Gruppen das Recht einräumen, ihre Abschreibungsfristen eigenständig festzulegen. Diese direkten und selektiven Vergünstigungen stellen Instrumente einer zentral gelenkten Strukturpolitik dar. Registrierte Gruppen werden hierdurch bevorzugt. Innerhalb der registrierten Gruppe soll das Eigentum in der zentralen Gesellschaft konzentriert werden. Der hieraus resultierenden Vermögenskonzentration sind durch das Wettbewerbsrecht zwar gewisse Grenzen gesetzt. Gleichwohl

besteht die Gefahr, daß der Staat durch selektive Auswahl und Förderung sowie Konzentration seiner Vermögensanteile Einfluß auf die Tätigkeit der Gruppen nimmt.

Im Finanzsektor sind mit dem Gesetz über den Wertpapiermarkt die Wertpapierausgabe und der Wertpapierhandel geregelt worden⁸⁰. Als Aufsichtsorgan des Wertpapiermarkts fungiert eine föderale Kommission, die den Rang eines Ministeriums hat⁸¹; daneben können die professionellen Händler eigenständig Organisationen der Selbstüberwachung schaffen. Die Kommission muß ihre Zustimmung geben, wenn Inländer Wertpapiere im Ausland in Verkehr bringen wollen. Die Vorstellungen über die weitere Entwicklung des Wertpapiermarkts wurden im Sommer 1996 in einer „Konzeption“ niedergelegt⁸². Darüber hinaus sollen die Kontrolle der Unternehmen durch die Eigentümer verbessert und die Investitionen der privatisierten Unternehmen erhöht werden. Künftig wird es darum gehen, in den noch staatlichen Unternehmen eine effiziente Unternehmenskontrolle zu etablieren und eine Umstrukturierung dieser Unternehmen einzuleiten.

Ein weiterer ordnungspolitischer Schritt betraf die Regulierung natürlicher Monopole. Für diese wurden für das 2. Halbjahr 1996 neue Preisrichtlinien erlassen. Die Preise für Transport- und Verladeleistungen bei Erdöl und zunächst auch der Erdgaspreis wurden für gewerbliche

⁷⁷ Vgl. vwd-Rußland vom 10. Juli 1996, S. 4, sowie Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „Ob obespečenii predstavlenija interesov gosudarstva v organach upravljenija akcionernych obščestv (chozjajstvennych tovariščestv), čast' akcij (doli, vklady) kotorych zakreplena v federal'noj sobstvennosti“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 22/1996, S. 5624 — 5630.

⁷⁸ Vgl. Federal'nyj Zakon „O finansovo-promyšlennych grup-pach“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 49/1995, S. 8748-8756, sowie Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii „O merach po stimulirovaniju sozdanija i dejatel'nosti finansovo-promyšlennych grupp“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 15/1996, S. 3702.

⁷⁹ Es ist in der Praxis allerdings nicht auszuschließen, daß die Bildung der Gruppen von zentralen Organen (u.a. Ministerien) gefördert wird.

⁸⁰ Federal'nyj Zakon „O rynke cennyh bumag“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 17/1996, S. 42454284.

⁸¹ Der Status eines Ministeriums wurde der Kommission erst nachträglich verliehen. Vgl. vwd-Rußland vom 10. September 1996, S. 1.

⁸² Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: „Ob utverždenii koncepcii razvitija pynka cennyh bumag v Rossijskoj Federacii“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 28/1996, S. 6874-6898. Darüber hinaus wurde ein sogenanntes Komplexprogramm zum Schutz von Aktionären erarbeitet; im Rahmen des Programms soll auch die Tätigkeit der im Zuge der Voucherprivatisierung gegründeten Investmentfonds stärker kontrolliert werden. Vgl. Ukaz Prezidenta Rossijskoj Federacii: „Ob utverždenii kompleksnoj programmy mer po obespečeniju prav vkladčikov i akcionerov“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 13/1996, S. 3177-3183.

Abnehmer an die durchschnittliche Entwicklung der Industriepreise gebunden⁸³. Im Oktober wurden die Erdgaspreise und auch die Strompreise für die Industrie bis Jahresende eingefroren. Für Großkunden sind die Stromtarife ab November sogar gesenkt worden⁸⁴. Da die gewerblichen Abnehmer ihre Energierechnungen meist ohnehin nicht begleichen, werden hierdurch lediglich die neu auflaufenden Zahlungsrückstände gegenüber den Energieerzeugern gesenkt. Die Anreize für eine Energieeinsparung und eine entsprechende Umstrukturierung der Produktion bleiben weiterhin unzureichend.

Im Außenhandel waren die Exportzölle für Erdöl und Erdgas im Verlauf des 1. Halbjahres zunächst gesenkt und die Finanzierungslücke durch eine Erhöhung der Verbrauchssteuern auf Rohöl und Erdgas sowie der Pipelinesteuer teilweise geschlossen worden. Mit Aufhebung der Zölle für Energieträger zum 1. Juli 1996 sind auf Druck des Internationalen Währungsfonds zwar die letzten bestehenden Exportzölle abgeschafft worden⁸⁵. Diese Maßnahmen wurden jedoch für die Unternehmen der Ölwirtschaft durch die rückwirkende Erhebung von differenzierten Ausfuhrsteuern zum 1. August konterkariert; für Gasexporte sollen ab 1997 ebenfalls Steuern erhoben werden⁸⁶. Da Verbrauchssteuern schwerer einzutreiben sind als Zölle, hat die Umstellung auf Steuern zu geringeren Einnahmen der öffentlichen Haushalte geführt.

Zusammenfassung und Ausblick

Für das Jahr 1996 hatten die internationalen Finanzinstitutionen im Herbst 1995 übereinstimmend ein Einsetzen des wirtschaftlichen Wachstums in Rußland prognostiziert. Die Institute hatten dagegen befürchtet, es könne zu einem nochmaligen Rückgang des Sozialprodukts kommen. Die tatsächliche Entwicklung hat diese Befürchtung bestätigt, ja sogar übertroffen. Nicht nur wird das BIP wiederum zurückgehen, und zwar voraussichtlich um mindestens 5 vH, der Rückgang wird sich gegenüber dem Vorjahr sogar noch beschleunigen. Der nun schon mehrere Jahre anhaltende Niedergang der Investitionstätigkeit setzte sich in den ersten drei Quartalen fort (–17 vH), und zwar ebenfalls mit einer Beschleunigungstendenz. Die Hoffnungen für 1996 hatten sich darauf gestützt, daß im Jahr 1995 in Teilbereichen der Industrie ein Wachstum zu verzeichnen war. Diese Produktionszuwächse betrafen allerdings lediglich die Grundstoffindustrie, wie Eisen und Stahl, NE-Metallurgie und Chemie bzw. Petrochemie. Im Jahr 1996 ist von diesen ersten Anzeichen eines Aufschwungs nichts übriggeblieben. Kein Industriezweig weist Wachstum auf. Dazu haben die nach wie vor extrem hohen Realzinsen sowie die langandauernde reale Aufwertung beigetragen. Diese ist im Zuge des Übergangs zu einer flexibleren Wechselkurspolitik (*crawling peg* bzw. *crawling band*) seit Jahresmitte allmählich zum Stillstand gekommen.

Es verbleibt jedoch ein Realzinsniveau von über 50 vH per annum als Kern kontraproduktiver Anreize. Erstens wir-

ken derartige Zinssätze nicht nur prohibitiv für die Investitionsfinanzierung der Unternehmen, sondern haben diese auch veranlaßt, Gewinne oder andere liquide Aktiva in staatlichen Wertpapieren anzulegen, statt zu investieren. Zu diesen Aktiva gehören auch finanzielle Mittel, die eigentlich für Steuer- und Lohnzahlungen hätten verwendet werden müssen.

Zweitens belasten hohe Realzinsen die Fiskalpolitik in erheblichem Maße. Die rapide ansteigende öffentliche Verschuldung hat den Refinanzierungsbedarf der öffentlichen Haushalte erhöht und damit zinstreibend am Markt für Staatsanleihen (GKO) gewirkt. Da die Finanzbehörden gleichzeitig fällige Steuern nicht eintreiben, haben die öffentlichen Haushalte auf die prekäre Finanzsituation mit der weiteren Reduzierung von Ausgaben reagiert und damit auch wichtige öffentliche Investitionen gekürzt. Dennoch fiel das Budgetdefizit nach acht Monaten mit etwa 5,4 vH wieder höher als 1995 aus.

Drittens nutzt der Bankensektor das hohe Realzinsniveau zum Erwerb relativ risikofreier Staatsanleihen. Die dazu notwendige Liquidität verschaffen sich die Banken auch durch Auktionskredite bei der Zentralbank. Dies hat zu einer starken Ausweitung der Geldmenge beigetragen, die dem Unternehmenssektor vorenthalten blieb.

Viertens steht die Realzinsdifferenz zum Ausland nach wie vor einer stärkeren realen Abwertung im Wege, die in der gegenwärtigen Lage wünschenswert wäre, um der Exporttätigkeit expansive Impulse zu verschaffen. Unter diesen Umständen konnte der Export nicht wie noch 1995 erste Akzente auf dem Weg zu einer realwirtschaftlichen Erholung setzen.

In dieser Situation liegt es nahe, eine rasche Zinssenkung durch die Zentralbank zu empfehlen; dies gilt um so mehr, als an der Wechselkursfront zur Zeit Ruhe herrscht. Man darf allerdings nicht übersehen, daß das hohe Realzinsniveau nicht nur Ursache der genannten Fehlentwicklungen ist, sondern seinerseits auch das Ergebnis einer äußerst skeptischen Bewertung der russischen Transformationspolitik durch nationale und internationale Marktteilnehmer darstellt. Hohe Realzinsen reflektieren eine erhebliche Unsicherheits- und Risikoprämie, die Investoren in Rußland wegen der Inkonsistenzen, Versäumnisse und Verzögerungen in der Transformationspolitik verlangen.

⁸³ Vgl. Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „O regulirovanii cen (tarifov) na produkciju (uslugi) otraslej estestvennyh monopolij vo vtorom polugodii 1996 g.“, in: Rossijskaja gazeta vom 1. August 1996.

⁸⁴ Financial Times vom 4. November 1996.

⁸⁵ vwd-Rußland vom 2. Juli 1996, S. 2.

⁸⁶ Postanovlenie Pravitel'stva Rossijskoj Federacii „O vzimanii akciza s eksportiruemych iz Rossijskoj Federacii nefiti i pripodnogo gaza“, in: Sobranie Zakonodatel'stva Rossijskoj Federacii, Nr. 32/1996, S. 7918 f.

Unter diesen Umständen ist das Risiko nicht auszuschließen, daß eine rasche Zinssenkung durch die Zentralbank Inflations- und Abwertungserwartungen weckt, daher nicht zu der erwünschten Absenkung des Realzinsniveaus führt, sondern statt dessen in Kapitalflucht mündet. Eine bessere Politik besteht darin, den Kapitalmarkt zu öffnen. Russische Banken sind bestrebt, ausländischen Konkurrenten den Zugang zum Markt für Staatsanleihen zu verwehren, um einer Zinssenkungstendenz entgegenzuwirken, die das lukrative Ausnutzen der Zinsarbitrage zum Erliegen bringen würde. Wäre der Kapitalmarkt geöffnet, würden mit großer Wahrscheinlichkeit ausländische institutionelle Anleger die Perspektiven des russischen Marktes positiver beurteilen, damit ein erhöhtes Kapitalangebot bereitstellen, eine Zinssenkungstendenz vorgeben und nicht zuletzt auch potentielle inländische Anleger davon überzeugen, daß es sich auszahlt, Fluchtkapital nach Rußland zurückzubringen.

Diese Öffnungspolitik ist notwendig, aber allein nicht hinreichend, um Zinssenkungen zu erzielen. Vielmehr muß insgesamt Vertrauen in die Konsistenz und Verlässlichkeit der russischen Wirtschaftspolitik geschaffen werden. Eine wichtige fiskalpolitische Voraussetzung für Zinssenkungen ist dann die Reform der öffentlichen Haushalte. Erforderlich sind vor allem glaubhafte Sanktionsdrohungen gegenüber den großen Steuerschuldnern, insbesondere aus dem Energiesektor. Die Einleitung von Konkursverfahren gegen einige mittelgroße Steuerschuldner im Oktober 1996 war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser wird aber nur dann disziplinierend auf die großen Steuerschuldner wirken, wenn die Verfahren konsequent durchgeführt und letztlich alle Unternehmen gleich behandelt werden. Der kaum mehr durchschaubare Dschungel von Ausnahmeregelungen (Steuervergünstigungen, Vorzugskredite des Budgets, spezielle Mindestreservesätze für einzelne Banken usw.) hat marktwirtschaftliche Regelmechanismen außer Kraft gesetzt bzw. ihr Entstehen bereits im Keim erstickt.

Impulse müssen auch von der Privatisierung herrühren. Zwar ist bei allen ordnungspolitischen Schwächen und Anreizproblemen früherer und gegenwärtiger Privatisierungsverfahren positiv zu vermerken, daß mittlerweile 36 vH aller Beschäftigten im privaten Sektor und weitere 24 vH im gemischten Sektor (mit staatlicher Kapitalbeteiligung) tätig sind — gegenüber nur 13 vH bzw. 4 vH im Jahre 1990. Diese Anteile sind durchaus mit denen einiger mitteleuropäischer Transformationsländer vergleichbar, die im Unterschied zu Rußland bereits im Transformationsprozeß weiter fortgeschritten sind. Jedoch hat sich das Tempo der Privatisierung verlangsamt, nachdem das Programm der Voucherprivatisierung abgeschlossen wurde und

Staatsunternehmen vorwiegend über Verkäufe privatisiert werden. Auch blieb die Landwirtschaft bisher weitgehend von der Privatisierung unberührt; dies hat zum fortgesetzten Produktionsrückgang beigetragen.

Ein unverzichtbarer Bestandteil eines Reformpakets ist eine geordnete Lohnpolitik. Sie hat bisher nicht stattgefunden. Zwar kam es zu einem statistischen Anstieg der Reallöhne von 8 vH. Allerdings führten die rasch gestiegenen Lohnrückstände dazu, daß die Kaufkraft der privaten Haushalte nicht entsprechend zugenommen hat. Eine derartige Praxis, insbesondere auch der öffentlichen Haushalte, fördert soziale Instabilität und untergräbt das Vertrauen in die Rechtsstaatlichkeit.

Die von der russischen Regierung für 1997 prognostizierte leichte Erholung mit einem Wachstum des BIP um 1 vH ist nur dann erreichbar, wenn die skizzierte Trendwende in der Wirtschaftspolitik eingeleitet wird. Falls dies nicht geschieht, ist 1997 mit einem weiteren Rückgang des BIP von etwa 3 vH zu rechnen. Im Jahr 1996 waren die Bemühungen der Zentralbank erfolgreich, die Inflationsrate deutlich zu senken. Für 1997 kann eine Inflationsrate von etwa 25 vH (Dezember zu Dezember) als realistisch angesehen werden. Angesichts des für das kommende Jahr angekündigten Wechselkurskorridors, der höchstens eine Abwertung um 15 vH zuläßt, droht jedoch die Gefahr einer neuerlichen realen Aufwertung, mit einer entsprechenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Erholungsaussichten.

Vor dem geschilderten gesamtwirtschaftlichen Hintergrund stellt sich die Frage nach einer weiteren finanziellen Unterstützung Rußlands durch Regierungen westlicher Länder. Auf der einen Seite hat sich 1996 (Oktober) das internationale Ansehen Rußlands in den Augen der Rating-Agenturen verbessert. Ausschlaggebend dafür dürfte gewesen sein, daß Rußland bereits mit dem Pariser Club ein langjähriges Moratorium abgeschlossen hatte und ein entsprechendes Abkommen mit dem Londoner Club offenbar vor dem Abschluß steht. Hinzu kommt, daß Rußland alle seit 1992 neu aufgenommenen Kredite ordnungsgemäß bedient. Problematisch bleibt aber auf der anderen Seite, daß im Jahre 2002 der Schuldendienst sprunghaft ansteigen wird. Eine dann ordnungsgemäße Bedienung aller, also auch der ab jetzt neu gewährten Kredite, wird nur möglich sein, wenn Rußland durch eine entsprechende Wirtschaftspolitik bis zu diesem Zeitpunkt ein anhaltendes und ausreichend hohes Wirtschaftswachstum sowie eine effiziente Verwendung der ausländischen Ressourcen sichern kann und die Erträge aus kreditfinanzierten Vorhaben zu entsprechenden Exportüberschüssen führen. Diese Voraussetzungen waren 1996 entweder noch nicht oder nur unbefriedigend gegeben.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Beiträge zur Strukturforschung

Erscheinen seit 1967.

- Heft 152 **Arbeitslosenstruktur und Bewegungen bei Arbeitslosigkeit und Beschäftigung in Berlin.** Von Klaus-Peter Gaulke. 179 S. 1994. (3-428-08187-0). DM 118,— / öS 861,— / sFr 118,—.
- Heft 153 **Gesamtwirtschaftliche Position der Medien in Deutschland 1982-1992.** Von Wolfgang Seufert. 263 S. 1994. (3-428-08255-9). DM 142,— / öS 1037,— / sFr 142,—.
- Heft 154 **Zeitreihen für das Bauvolumen in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Bernd Bartholmai unter Mitarbeit von Jochen A. Hübener, Manfred Melzer, Joachim Schintke und Nicolai Mynter. 115 S. 1994. (3-428-08256-7). DM 98,— / öS 715,— / sFr 98,—.
- Heft 155 **Technologische Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik Deutschland — Theoretische und empirische Aspekte einer international vergleichenden Analyse.** Von Dieter Schumacher, Heike Belitz, Alfred Haid, Kurt Hornschild, Hans J. Petersen, Florian Straßberger, Harald Trabold unter Mitarbeit von Marian Beise. 369 S. 1995. (3-428-08360-1). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 156 **Aufbau des industriellen Mittelstands in den neuen Bundesländern.** Von Heike Belitz, Dietmar Edler, Frank Fleischer, Kurt Hornschild, Angela Scherzinger und Florian Straßberger. 191 S. 1995. (3-428-08372-5). DM 122,— / öS 891,— / sFr 122,—.
- Heft 157 **Wirtschaftliche Aspekte einer Vereinigung der Länder Brandenburg und Berlin.** Von Thomas Döring, Kurt Geppert, Manfred Horn, Eckhard Kutter und Dieter Vesper. 304 S. 1995. (3-428-08373-3). DM 158,— / öS 1.153,— / sFr 158,—.
- Heft 158 **Industriegüterimporte der EG aus Lateinamerika — Rahmenbedingungen und Perspektiven —.** Von Hans J. Petersen, Uta Möbius, Katharina Müller, Siegfried Schultz und Christian Weise. 218 S. 1995. (3-428-08393-8). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 159 **Ein System von Input-Output-Tabellen für die Bundesrepublik Deutschland — Konzeption, Erstellung, Auswertung.** Von Utz-Peter Reich, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Joachim Schintke und Wolfgang Eichmann. 324 S. 1995. (3-428-08394-6). DM 164,— / öS 1.197,— / sFr 164,—.
- Heft 160 **Auslandsinvestitionen ostasiatischer Länder in Europa und in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Siegfried Schultz. 225 S. 1995. (3-428-08408-X). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 161 **Bisherige und künftige Versorgung der osteuropäischen Länder mit den Stahlveredlern Mangan, Chrom, Nickel und Molybdän.** Von Peter Eggert, Eberhard Wettig, Ilse Häusser, Aribert Kampe, Manfred Kraft, Jochen Parchmann, Helmut Schmidt und Gerhard Winkler. 364 S. 1995. (3-428-08609-0). DM 178,— / öS 1.299,— / sFr 178,—.
- Heft 162 **Künftige Entwicklung des Medien- und Kommunikationssektors in Deutschland.** Von Klaus Schrape, Wolfgang Seufert, Hansjörg Haas, Daniel Hürst und Sabine Gafke. 212 S. 1996. (3-428-08766-6). DM 132,— / öS 964,— / sFr 132,—.
- Heft 163 **Verflechtungsanalysen für die Volkswirtschaft der DDR am Vorabend der deutschen Vereinigung.** Von Udo Ludwig, Reiner Stäglin, Carsten Stahmer unter Mitarbeit von Karl-Heinz Siehndel. 283 S. 1996. (3-428-08879-4). DM 156,— / öS 1.139,— / sFr 138,—.
- Heft 164 **Expertise über die Anstoßwirkungen öffentlicher Mittel in der Städtebauförderung.** Von Vera Lessat unter Mitarbeit von Klaus-Peter Gaulke und Josef Rother. 102 S. 1996. (3-428-08902-2). DM 98,— / öS 715,— / sFr 89,—.
- Heft 165 **FuE-Aktivitäten, Außenhandel und Wirtschaftsstrukturen: Die technologische Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft im internationalen Vergleich.** Von Florian Straßberger, Marian Beise, Heike Belitz, Ludger Lindlar, Dieter Schumacher und Harald Trabold. 211 S. 1996. (3-428-08920-0). DM 132,— / öS 964,— / sFr 117,50.

Der nächste Wochenbericht erscheint am 9. Januar 1997

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-14195 Berlin
Telefon (0 30) 8 97 89-0 — Telefax (0 30) 8 97 89 200

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Kurt Hornschild,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Rolf-Dieter Postlep, Wolfram Schrettl, Ph. D., Dr. Bernhard Seidel, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Die wirtschaftliche Lage Rußlands.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin / Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel / Institut für Wirtschaftsforschung Halle.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Carl-Heinrich-Becker-Weg 9, D-12165 Berlin, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-13437 Berlin.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten.

ISSN 0012-1304